

Deutsche Rundschau

in Polen

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4.50 zl.
mit Zustellgeld 4.80 zl. Bei Postbezug monatl. 4.89 zl.
vierteljährlich 14.66 zl. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zl. Danzig
3 zl. Deutschland 2.50 Rtl. — Einzel-Art. 25 gr. Sonntags-Art. 30 gr.
Bei höherer Gewalt (Betriebsförderung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch
auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Beratung Nr. 594 und 595.

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Anzeigenpreis: Die einseitige Millimeterzeile 15 gr. die einseitige
Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Platz-
vorrichtung u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen
schriftlich erbeten. — Öffertengebühr 100 gr. — Für das Erreichen der An-
zeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Poststempelkonten: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 96

Bromberg, Donnerstag den 27. April 1933

57. Jahrg.

Neuer Schritt des Deutschen Volksbundes

Der Deutsche Volksbund hat am 21. April an den Schlesischen Wojewoden das folgende Schreiben gerichtet:

Sehr geehrter Herr Wojewode!

In der Unterredung vom 10. April 1933 haben wir Ihnen den Ernst der Lage vorgestellt. Ihre Erklärungen waren geeignet, die schlimmsten Befürchtungen zu zerstreuen. Mit Ihrem Einverständnis haben wir den wesentlichen Inhalt der Unterredung am 11. April 1933 in der deutschen Presse veröffentlicht. Die polnische Tagespresse hat über diese Unterredung gleichzeitig eine Mitteilung gebracht, in der aber Ihre besonders wichtige Erklärung, daß die Polizei strengste Weisung habe, auch Ausschreitungen von polnischer Seite zu verhindern und die Täter festzunehmen, fehlt.

Wir haben geglaubt, daß mit dem Ende der Universitätsfeste eine Veruhigung eintreten würde, weil die Träger der antideutschen Ausschreitungen und Demonstrationen in der Hauptsache Angehörige der akademischen Jugend gewesen sind.

Gestern veröffentlicht die „Polska Zachodnia“ (Nr. 106 vom 21. April 1933) den Aufruf des Verbandes Schlesischer Aufständischer, der in allen Orten öffentlich angeschlagen wird. Der Anschlag zeigt die Farbe der amtlichen Bekanntmachungen. Die Sprache dieses Aufrufes muß die ausgewählten nationalen Leidenschaften weiter steigern. Diese Gefahr wird dadurch nicht verminderd, daß er an einer Stelle das entschiedene Verbot enthält, die ruhige deutsche Bevölkerung zu belästigen. Die sehr zahlreichen und zum Teil sehr schweren Ausschreitungen der letzten Wochen haben sich gegen die deutsche Bevölkerung ohne Unterschied gerichtet. Leidenschaftlich erregten Menschen ist eine Unterscheidung der Betreffenden fremd. Aus Versammlungen, in denen

„die Empörung über die Gewaltakte und die Meuchelmorde(!), über die täglichen provozierenden Drohungen von jenseits der künstlichen Grenzlinie und über das freche Verhalten der hiesigen deutschen Verbrecher(!)“

zum Ausdruck kommen soll, muß eine deutschfeindliche Gesinnung erwachsen, gegen die beruhigende Worte ohnmächtig bleiben und die das Ernsteste erwarten lassen.

Wir wenden uns an Sie, Herr Wojewode, in Ihrer Doppel-Eigenschaft als Vertreter der Regierung in der Wojewodschaft Schlesien und als Ehrenvorsitzender des Verbandes Schlesischer Aufständischer aus der durch die Erfahrungen der Vergangenheit und der Gegenwart nur zu sehr begründeten Sorge um die Sicherheit der deutschen Bevölkerung und bitten Sie, alle Maßnahmen zu treffen, um zu verhindern, daß unsere Heimat erneut zum Schauplatz blutiger Ereignisse wird.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung!

Der Vorstand.

(—) Ullrich. (—) Dr. Pant.

Am 22. April empfing der Wojewode die Vorstandsmitglieder des Deutschen Volksbundes, die Abg. Dr. Ullrich und Dr. Pant. Die Deutschen legten gegen die Sprache des Aufrufs Verwahrung ein und erinnerten an die Vorgänge von November 1930. Sie wiesen auf die bereits begangenen Ausschreitungen und auf die durch den Aufruf bewirkte außerordentliche Verschärfung der Lage hin.

Der Wojewode erklärte, daß er die von ihm bisher getroffenen Anordnungen noch erweitert habe und daß er unbedingt entschlossen sei, die Ordnung und Sicherheit aufrechtzuhalten. Er sei auch überzeugt, daß ihm dies gelingen werde. Er habe die nachgeordneten Stellen angewiesen, ihre ganze Autorität für die Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung einzusehen und stehe mit ihnen und den Organisationen in ständiger Verbindung. Die Sprache des Aufrufs sei der Widerhall auf die in einzelnen Organen der reichsdeutschen Presse gegen die Polen veröffentlichten Artikel. Zu einem Verbot der Versammlungen habe er, abgesehen von der Rechtslage, nicht gegriffen, weil er in ihnen gewiss machen ein Ventil erblickte. Er erfuhr, ihm jeden Fall vor kommender Ausschreitungen mitzuteilen, damit er mit aller Entschiedenheit durchgreifen könne.

Am 22. April abends wurden Dr. Ullrich und Dr. Pant von dem Präsidenten der Gewerkschaftskommission empfangen. Sie berichteten eingehend über die gegenwärtige Lage und über das Ergebnis der mit dem Wojewoden gesprochenen Besprechung. Präsident Calonder ist angesichts des ungewöhnlichen Ernstes der Lage entschlossen, alle ihm zu Gebote stehenden Möglichkeiten zum Schutz der deutschen Bevölkerung zu erschöpfen.

Überfall auf den Geschäftsführer des Deutschen Volksbundes in Lubliniz.

Am Sonntagabend gegen 18.30 Uhr wurde in das Büro des Volksbundes in Lubliniz eingebrochen. Sämtliche vorhandenen Aktien wurden gestohlen. Gegen 23 Uhr erschien dann eine Bande von vier

Man vor der Wohnung des Geschäftsführers Skudlik und versuchte, unter dem Vorwand, Polizei sei da, gewaltsam einzudringen. Skudlik rief aus Leibeskäften nach der Polizei, worauf sich die Bande zurückzog, nicht ohne jedoch ein Steinbombardement auf die Fenster zu eröffnen. Dabei wurde ein Fenster zertrümmer. Gegen 23.45 Uhr erschien dann die Polizei, besichtigte die Wohnung und ließ sich den Überfall schildern.

Ein Kasperle-Theater fliegt auf.

Am Sonnagnachmittag wurde ein Kasperletheater für die deutschen Kinder im Vereinshaus Peter-Paul in Katowitz veranstaltet. Die Vorstellung sollte bis gegen 15.30 Uhr dauern und die Kinder dann gemeinsam zur Vesper und nach dem Abendmahl gehen. In einer Pause kurz nach 15 Uhr betrat plötzlich der Prozessionsleiter der polnischen Katholiken den Saal und ordnete die sofortige Räumung des Saales mit dem Bemerkung an, „daß vorläufig Hitler noch nicht da sei.“ (!) Als man ihm entgegenhielt, daß man die Genehmigung zur Ablösung der Vorstellung vom Pfarrer erhalten habe, erwiderte der Vorsteher, die Geistlichkeit hätte hier nichts zu sagen, hier bestimme er. Als die Kinder keine Ablösungen machen, hinauszugehen, riss er ihnen einfach die Stühle fort.

Gespräche unter Bundesgenossen.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Außenminister Beck hat sofort nach seiner Rückkehr aus Wilna, wo Marschall Piłsudski mit seinen Ministern die vielbeachteten Beratungen abgehalten hatte, den französischen Botschafter Laroché und den tschechoslowakischen Gesandten Girsa empfangen und mit ihnen konfiliert.

Die politischen Kreise verzeichnen mit Interesse die Aufeinanderfolge der wie Schatten an der Wand beobachteten Vorgänge und suchen aus den äußeren Bewegungen Wahr-

scheinlichkeitschlüsse hinsichtlich des Inhalts der geführten Verhandlungen zu ziehen.

Hungersnot in Ostpolen.

Der Korrespondent der nationaldemokratischen „Gazeta Warszawska“ meldet aus Polen:

Die Wirtschaftslage in Polen wird von Tag zu Tag schlechter. Die sprichwörtliche Ausdauer des „Polesuk“ (Bewohner Polens) kämpft mit Schwierigkeit gegen die Not an, die sich im Grenzgebiet der Wojewodschaft Podlisen, ganz besonders im Kreise Stolin, breitmacht. Es gibt Dörfer, in denen die Bevölkerung, vom Hungertypus geplagt, mit Schmerzen die neue Sauerländer Ernte erwartet. Inzwischen nährt sie sich von Brot aus Birkenrinde und anderen Zutaten, die alles andere, nur kein Mehl enthalten. Die Zeit vor der Ernte ist für Tausende von Bauernwirtschaften, die seit Weihnachten kein Brot haben und ausschließlich von Kartoffeln leben, die auch nicht lange reichen werden, sehr schwer. Am schwierigsten aber ist es im Grenzgebiet, wo infolge der Lahmlegung der Holzindustrie fast gar keine Verdienstmöglichkeiten bestehen und ein Teil des den Bauern gehörigen Ackerlandes auf der anderen Seite der Grenze liegt. Das polnische Kreuz hat sich bisher der Bewohner von drei Dörfern im Kreise Stolin angenommen, wo die Leute an Hungerschwellungen darniederliegen. Die „Gazeta Warszawska“ richtet einen Appell an die zuständigen Stellen, eine weitgehende Hilfsaktion für das ganze Grenzgebiet einzuleiten.

Gleichzeitig erinnert der sozialistische Warschauer „Robotnik“ an die große Not unter den Arbeitern im Domrower Kohlenrevier (nahe der schlesischen Grenze). Das Blatt behauptet, daß viele Arbeiter sich mit Hundekleisch ernähren. Im März hätten die Arbeiter in der Grube „Kazimierz“ den ganzen Monat hindurch kaum acht Tage, in der Grube „Julian“ ebenfalls acht Tage, in den Gruben „Parzy“ und „Dolzelew“ je 11 Tage und in der Grube „Mortimer“ nur sieben Tage gearbeitet.

Nationaldemokratische Anerkennung für die nationale Revolution im Reich.

Polnischer Ruf nach „Gleichschaltung“

Die nationale Revolution in Deutschland bildet nach wie vor den Gegenstand von eingehenden Betrachtungen in der gesamten polnischen Presse. Die nationaldemokratische „Gazeta Warszawska“ hat zu diesem Thema wiederholt das Wort ergriffen, wobei sie ihren Vermutungen über die weitere Entwicklung der Ereignisse in Deutschland einen weiten Spielraum ließ. In einem am 24. April (Nr. 123) erschienenen Artikel sucht das Warschauer nationaldemokratische Organ den „Hitlerismus“ für das Programm der Nationaldemokratie in bezug auf die inneren Verhältnisse Polens auszuwerten. Das Blatt schreibt u. a.:

Über den Verlauf und die Ergebnisse des Kampfes, den die miteinander konkurrierenden Völker ausfechten, entscheidet nicht allein die materielle Kraft, sondern — und vielleicht in erster Linie — der Vorrai an moralischen Kräften, entscheiden die Geistesversammlung eines Volkes, der Stil seiner Civilisation und das ideelle Niveau seines öffentlichen Lebens. Die Vorgänge, die sich in Deutschland, im Leben unseres nächsten Nachbarn und unseres Feindes (?) abspielen (der „Feind“, der Warschau befreit!), legen uns die Verpflichtung auf, sich in unserer inneren Lage zu vertiefen, sich klar darüber zu werden, in welchem Maße die Ereignisse in Deutschland einen Einfluss auf die Vergrößerung der Gefahr ausüben werden, die uns von der westlichen Wand her immer drohen wird.

Die Nationale Revolution, die gegenwärtig auf dem Gebiet des Reichs vor sich geht, wird zweifellos für Deutschland wohltragende Folgen zeitigen.

Sie wird das deutsche Volk im Innern stärken, seine schöpferischen Kräfte heben und sie kann leicht den Ausgangspunkt zu dem Versuch der Wiedergeburt seiner äußeren Macht bilden. Damit müssen wir rechnen und dürfen uns nicht durch Erzählungen von der „Isolierung Deutschlands“ infolge des Antisemitismus Hitlers täuschen lassen. Im Zusammenhang damit dürfen wir uns keinen Illusionen hingeben, daß die revisionistische Politik Deutschlands ein für allemal begraben sei. Schon vor dem Kriege haben sich innerhalb des deutschen Volkes Prozesse abgewickelt, die einen gefährlichen Keim für die Einigkeit und moralische Stärke des Volkes in sich trugen. Ein hervorragender Politiker, der die damalige Lage Deutschlands charakterisierte, sagte: „Der Stamm der Staatspartei Deutschlands ist hoch gewachsen und wirkt einen drohenden Schatten über alle Weltteile. Aber die Quelle der deutschen Civilisation beginnt schnell zu versiegen.“ Und in der Tat begannen diese Quellen infolge der allzu großen Entwick-

lung des Materialismus, des wirtschaftlichen Imperialismus, durch die Versezung des moralischen Zusammenhalts des Volkes und den allmählichen, aber ständigen Niedergang der alten Tugenden der germanischen Rasse zu verschwinden. Wenn vor dem Kriege dieser Prozeß nur für einen aufmerksamen Beobachter wahrnehmbar war, so ist er nach dem verlorenen Kriege und nach der Revolution in vollem Umfange in die Erscheinung getreten.

Der alte Staat der Gottessucht drohte in eine Sandwiese verwandelt zu werden, und in eine Walstatt der alten traditionellen deutschen „Civilisation“ verwandelt zu werden.

Die nationale Revolution hat mit diesem Zustande den Kampf aufgenommen. Brutal, manchmal in einer barbarischen Art, wurden die Versezungsfaktoren an die Kehle gefasst. Befreit wurden von dem Einfluß auf das geistige und politische Leben die volkstremden Elemente, in erster Linie die Juden, die in ihren Rechten bedeutend eingeschränkt wurden. Man ging gegen die Marxisten vor, von der Voraussetzung ausgehend, daß sie die Ursache der Versezung der Geschlossenheit des Staates und der Rasse seien. Wir wollen auf die Einzelheiten der Ereignisse, die sich gegenwärtig in Deutschland abspielen, nicht eingehen. Wir beabsichtigen, die einzelnen Anordnungen Hitlers weder zu loben, noch zu verurteilen, wir stellen nur fest, daß gerade an unserer Grenze, in einer Entfernung von kaum einigen Stunden der Fahrt von Posen, sich bedeutsame Dinge abspielen.

Zwei elementare Kräfte stehen sich gegenüber: Versezung und Aufbau,

es kämpfen zwei große politische und zivilisatorische Ideen gegeneinander, und an diesem Kampf nimmt das ganze deutsche Volk aktiv Anteil. Es ist klar, daß aus diesen Kämpfen ein neues Deutschland entstehen wird. Es ist gleichgültig, ob es ein mehr oder minder nationalsozialistisches Deutschland sein wird. Sicher aber ist, daß das Reich gesunder, stärker und stolzer aus diesem Kampf hervorgehen und mit der Zeit für uns gefährlicher werden wird.

Um diesen neuen Bedingungen Rechnung zu tragen, dürfen wir nicht weiterhin gleichgültig unseren inneren Zuständen gegenüber uns vorbehalten. Auch bei uns ist vieles zu bekämpfen und zu überwinden, um den veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen. Auch wir müssen allem ein Ziel setzen, was das Volk zerstört und solche Änderungen in unserem Leben einführen, die es ermöglichen würden, aus unserem Lande sobald als möglich ein großes Polen zu machen.

Zum Schluss entwickelt die „Gazeta Warszawska“ das aus den früheren Artikeln bekannte Programm der

nationaldemokratischen Partei, das nach ihrer Ansicht Polen nach innen und außen retten würde.

Die verdächtige Geopolitik.

In einem Kommentar zu der deutschen nationalen Revolution meint der „Kurier Polki“, im deutschen Wörterbuch gebe es jetzt eine Reihe von Ausdrücken, die die Bestrebungen und Wünsche der Hitler-Bewegung charakterisierten. Es gebe da Worte wie z. B. „Nation“, „Rasse“ und „Ausdehnung“, die in der nationalsozialistischen Terminologie einen engumgrenzten Sinn hätten.

„Es hat sich“, so heißt es in dem Warschauer großindustriellen Organ, „in Deutschland hauptsächlich in den letzten Jahren eine Wissenschaft, die Geopolitik entwickelt. Die Anhänger dieser Richtung geben eine besondere Zeitschrift und eine ganze Reihe von Publikationen heraus, die mit plakativen Zeichnungen versehen sind. Das Ziel der Geopolitik besteht darin, nachzuweisen, welche Gebiete das deutsche Volk haben muss, um sich im Sinne der Forderungen seiner geistigen und politischen Bedürfnisse entwickeln zu können. Das deutsche Volk muss Raum haben. Der Begriff des Raumes bildet eine der grundsätzlichen Erwägungen der Politiker des deutschen Nationalismus und besonders des Hitlerismus. Er ist schon heute tief auch in die Literatur und Kritik gedrungen.“

„Deutschland verwirklicht bekanntlich heute die Rassenpolitik. Freilich ist dies vor allem seine innere Angelegenheit. Anders würde sich die Verwirklichung der Ausdehnungspolitik im Sinne der Traditionen darstellen, welche die vorwiegend politische und gesellschaftliche deutsche politische Publizistik entwickelt hat und die dann von der Geopolitik übernommen worden ist. Ihren Ausdruck findet sie in der revisionistischen Aktion Deutschlands. Der Begriff des Raumes, der in der Terminologie des kriegerischen deutschen Nationalismus eine fast mystische Bedeutung annimmt, verdient aufmerksam beachtet und beobachtet zu werden. Wenn gleich die Vertreter der Hitler-Partei in der Reichsregierung in ihren Erklärungen über die Außenpolitik eine weitgehende Mäßigung an den Tag legen, so gibt doch die Nationalsozialistische Partei als solche in ihren Kundgebungen und Beschlüssen immer lauter den Wunsche Ausdruck, für das Reich neue territoriale Ausdehnungen zu erwirken.“

Der „Kurier Polki“ ist der Meinung, daß dieser Raum, von dem die Nationalsozialisten träumen, sich im Osten befindet.

Neue amerikanische Abrüstungsformel?

Washington, 26. April. (Eigene Drahtmeldung.) Wie verlautet hat Präsident Roosevelt nach einem zwanglosen Essen im Weißen Haus Macdonald und Herrriot dargelegt, bis zu welchem Grade die Amerikanische Regierung einem konsultativen Sicherheitspakt zustimmen könne.

Die „New York Tribune“ meldet, daß eine neue amerikanische Abrüstungsformel in den nächsten Tagen entweder in Washington oder in Genf bekannt gegeben würde. Diese Formel werde den Mittelweg zwischen den Gründzügen des Macdonald-Planes und der Konsultatividee Mussolinis suchen.

Der Plan enthalte keine ins einzelne gehende Angaben über die Heeresstärken, dagegen glaubt die „New York Times“, daß der amerikanische Plan ein allgemeines Vorgehen gegen die Angreifer Frankreichs im Kriegsfalle vorsieht, um dadurch das französische Verlangen nach Sicherheit zu befriedigen.

Macdonald wird am Mittwoch von Washington nach New York abreisen und sich dort um Mitternacht an Bord der Verengaria begeben.

Der kanadische Ministerpräsident Bennett regt mit der Regierung der Vereinigten Staaten einen Handelsvertrag auf der Grundlage der Gegenseitigkeit an, der als Muster für spätere Handelsverträge mit anderen Staaten dienen soll.

Weitgehende Meinungsverschiedenheiten in Washington.

Pariser Presseberichte.

Paris, 26. April. (Eigene Drahtmeldung.) Die erste Begeisterung der Pariser Presse über die Washingtoner Verhandlungen hat einer wesentlich ruhigeren Betrachtung Platz gemacht, da es sich herausstellte, daß man noch ziemlich weit von einer Verständigung der drei Mächte entfernt ist. In der Abrüstungsfrage gehen die Meinungen Frankreichs und Englands noch sehr weit auseinander.

Die halbamtliche Agentur „Havas“ gibt eine Reuter-Meldung wieder, wonach zwischen Roosevelt, Macdonald und Herriot eine Einigung über die Kriegsschuldenfrage und die Abrüstung bevorstehe. Der endgültige Besluß läge jedoch in den Händen des amerikanischen Kongresses. Eine günstige Entscheidung sei nur dann zu erwarten, wenn die Abrüstungsfrage durch die Schaffung eines konsultativen Paktes eine Lösung finde.

Frankreich lehnt allgemeine Inflation ab.

Paris, 26. April. (Eigene Drahtmeldung.) Ebenso wie das „Echo de Paris“ wenden sich auch die linksgerichteten Blätter gegen die angebliche englisch-amerikanische Absicht einer allgemeinen Inflation. Die der Regierung nahestehende „Gazette Nouvelle“ schreibt: „Es scheint, daß man Frankreich unter dem Deckmantel der Solidarität zu einer Entwertung des Franken bzw. zu einer Inflation bringen möchte. Man könnte jedoch verzichert sein, daß Frankreich schon jetzt eine klare und deutliche Antwort bereit habe, nämlich eine kategorische Ab- lehnung.“

Dr. Schacht fährt nach Washington.

Berlin, 26. April. (PAT.) Amtlich wird mitgeteilt, daß der Reichsbankpräsident Dr. Schacht sich als Vertreter der Reichsregierung nach Washington begibt, um an den vorbereitenden Konferenzen für die Weltwirtschaftskonferenz teilzunehmen. Dr. Schacht wird am 5. Mai in New York ein treffen. Er wird begleitet von einigen höheren Beamten des Finanzministeriums und der Reichsbank.

Beilegung des Kirchenkonflikts in Mecklenburg?

Amtlich wird in Schwerin (Mecklbg.) mitgeteilt:

„Auf Grund der Einsprüche, die von kirchlicher Seite gegen die von dem Mecklenburg-Schwerinerischen Staatsministerium verfügte Einsetzung eines Staatskommisars für die evangelisch-lutherische Landeskirche erhoben worden waren, hatte der Reichsminister des Innern Dr. Frick den Mecklenburg-Schwerinerischen Ministerpräsidenten Grancow und den Landesbischof D. Rendorff zu sich gebeten. An der Besprechung nahm auch der von der mecklenburgischen Regierung bestellte Staatskommisar teil. Im Laufe der Aussprache kam sowohl von staatlicher wie von länderschichtlicher Seite der Wunsch zum Ausdruck, den von beiden Seiten anerkannten, namentlich auf kirchlichen Abgabengebiet (!) obwal tenden Mängeln mit möglichster Beschleunigung abzuheben und die zu diesem Zwecke schon wiederholt geplante staatsgesetzliche Neuregelung ungesäumt in Angriff zu nehmen. Übereinstimmung ergab sich auch dahin, daß die aus derartigen Maßnahmen sich mit Notwendigkeit ergebende Vereinfachung des kirchlichen Verwaltungssapparates unverzüglich ins Werk zu setzen sei.“

Bei dieser weitgehenden Übereinstimmung besteht für die Mecklenburg-Schwerinerische Staatsregierung kein Anlaß, die von ihr getroffenen Anordnungen aufrecht zu erhalten. Es wird aber von dem Herrn Ministerpräsidenten aus den Kreisen des evangelischen Kirchenvolkes ein Gutachterausschuß berufen werden, der die Staatsregierung bei ihren Verhandlungen mit der Landeskirche und bei den zu treffenden Maßnahmen beraten soll. Zu Gutachtern hat der Herr Ministerpräsident berufen die Herren: Hermann Busch, Amtshauptmann zu Hagenow, Dr. Balzer, Rechtsanwalt und Notar zu Schwerin, Johann Olbrecht Graf von der Schulenburg, Gutsbesitzer zu Tressow, Hermann Oberhardt, Gutsbesitzer zu Bahrendorf bei Brüel, Friedrich Roschlaub, Kaufmann zu Wismar, Alfred Biereck, Gutsbesitzer zu Schorrenthin, Amt Malchin, Otto Frick, Gutsbesitzer zu Marnitz, Amt Parchim, Dr. Wilhelm Timmermann, Bürgermeister zu Dömitz, Drs. Pufpaff, Amtshauptmann zu Waren und Walter Volkmann, Stadtrat zu Rostock. Weitere Berufungen hat sich der Herr Ministerpräsident vorbehalten.“ —

Ob damit der Kirchenkonflikt beigelegt ist, steht dahin. Es geschieht wohl zum ersten Mal in der Geschichte der evangelischen Landeskirchen, daß der Staat der kirchlichen Behörde einen Gutachter-Ausschuß gegenüberstellt.

D. Kappler beim Reichskanzler.

Reichskanzler Hitler empfing heute vormittag den Präsidenten des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes, Dr. D. Kappler, der ihm über die kirchenpolitische Lage, insbesondere über die Vorgänge in Mecklenburg, Bericht hielt.

(Weitere Meldungen über die kirchenpolitischen Vorgänge in Deutschland in der Beilage!)

Hindenburgs neue Standarte.

Der Reichspräsident und die Staatsregierung haben eine weitere Verordnung über die vorläufige Regelung der Flaggenführung erlassen. Sie bringt neue Bestimmungen für die Standarte des Reichspräsidenten und die Reichsdienstflagge.

Die Präsidenten-Standarte wird insofern geändert, als an Stelle der roten Umrandung eine schwarz-weiß-rote gestellt wird. Im übrigen bleibt die Standarte gleich: ein gleichseitiges goldgelbes Rechteck, in der Mitte der Reichsadler, schwiegend nach der Stange gewendet. Die schwarz-weiß-roten Streifen des Randes sind gleich breit, der schwarze Streifen liegt außen.

Die Reichsdienstflagge besteht aus drei gleich breiten Querstreifen, oben schwarz, in der Mitte weiß, unten rot; im weißen Streifen, etwas nach der Stange hin verschoben, der Reichsadler.

Mit Ausnahme des Reichspräsidenten, der seine Standarte führt, ferner des Reichswehrministers und der zur Führung der Reichskriegsflagge oder Reichspostflagge Berechtigten führen alle Dienststellen, Behörden und Beamten des Reiches die Reichsdienstflagge. Die Flagge der Reichsdienstgebäude kann mit der schwarz-weiß-roten oder der Reichsdienstflagge und der Hakenkreuzflagge erfolgen. Dienstfahrzeuge des Reiches auf Binnengewässern und zur See führen die Reichsdienstflagge, überdies nach Möglichkeit die Hakenkreuzflagge.

Die neue Standarte des Reichspräsidenten wurde schon am Dienstag vormittag über der alten Reichskanzlei, in der Hindenburg zurzeit wohnt, aufgezogen.

Sturmzeichen in Innsbruck.

Großer Wahlsieg der NSDAP.

In Innsbruck, der Hauptstadt Tirols, fanden am Sonntag Teilstimmen des Gemeinderates statt, die außerordentlich bemerkenswert für die Entwicklung der politischen Stimmung in Österreich sind. Von den abgegebenen 36 415 Stimmen entfielen 14 996 mit neun Mandaten auf die Nationalsozialisten, die dadurch von null auf neun Mandate in der Stadtvertretung gekommen sind und ihre Stimmenzahl gegenüber dem Jahre 1931 verdreifacht haben. Die Sozialdemokraten haben dagegen einen Verlust von fast 4000 Stimmen und drei Mandaten, die Christlich-Sozialen einen Verlust von nur 500 Stimmen, aber von zwei Mandaten erlitten. Die Großdeutschen sind fast vollständig in die Nationalsozialisten aufgegangen.

Das Ergebnis der Gemeindewahlen in Innsbruck beleuchtet bläsigartig die Lage in Österreich. Es ist als Symptom auch für die internationale Lage höchst bemerkenswert. Die Nationalsozialisten haben aus nichts fast 50 Prozent aller Stimmen gewonnen. Wie im Reich: auf Kosten der Bürgerlichen Parteien, der Großdeutschen, aber auch auf Kosten der Christlich-Sozialen und der Sozialdemokraten. Der Stein ist im Rollen. Die moralische Rückstärkung, die sich Dolfus in Rom am Osterseite geholt hat, kann also unmöglich noch lange vorhalten. Nicht anders ist die Entwicklung auch in Südtirol deutlich. Dadurch wird das europäische Problem in seiner ganzen Breite und Schwere aufgerollt. Die Wirkung wird sich bald zeigen.

Gleichschaltung auch in der Schweiz?

In Zürich hielt der „Kampfbund der neuen und nationalen Front“ eine stark besuchte Versammlung ab. Jugendliche Schweizer in graublauen Hemden und dem weißen Kreuz auf der roten Armblende machten den Salut. Der Einberuber erklärte, daß es sich hier nicht um eine Nachahmung des Nationalsozialismus handele, sondern um eine gesamt schweizerische Angelegenheit. Man spräche hier nicht von SA-Truppen, sondern von dem Kampfbund „Harz“, und statt des deutschen „Heil“ begrüße man sich mit dem altschweizerischen Kampfruf „Haar und“ Zum Gruß werde die Hand erhoben. Oberst-Divisionär Sonderer-Bern sprach darauf über das Thema „Ordnung im Staate“. Er bekannte sich zu der Bewegung der jungen Patrioten und wandte sich in längeren Ausführungen gegen Judentum und Freimaurerei.

Heimkehr nach London.

London hat den vier englischen Ingenieuren, die nach der Ausweisung aus Moskau am Sonntagmorgen in der englischen Hauptstadt eingetroffen sind, einen begeisterten Empfang bereitet. Trotz der frühen Morgentunde hatte sich eine nach Tausenden zählende Menschenmenge auf dem Bahnhof versammelt. Die „Hamb. Nachr.“ erhalten über diesen Empfang folgenden Bericht:

Die Polizei hatte in Befürchtung kommunistischer Gegendemonstrationen umfassende Sicherheitsvorkehrungen getroffen. Auf dem Bahnhof hatten sich neben den Angehörigen zahlreiche Photographen und Kinoleute aufgestellt. Als der Zug einfiel und die vier Heimkehrer — den einen begleitete seine russische Frau — aus dem Wagen stiegen, zeigte sich, daß die Besorgnis der Polizei unbegründet war.

Die Menge brach in Hochrufe auf die Heimkehrer aus. Man stimmte die Nationalhymne an, in die die Menge begeistert einsingel. Monkhouse erklärte erneut, er sei von der vollen Unschuld der beiden Gefangenen überzeugt und hoffe, daß auch sie in Kürze nach England zurückkehren.

Die Nachrichten aus Moskau, die in Londoner amtlichen Stellen vorliegen, sind jedoch nicht allzu überblicklich. Von Sowjetseite in London versucht man, die Verantwortung für die Widerstände, die sich in Moskau gegen die baldige Freilassung der beiden geltend machen, auf das englische Einfuhrverbot für Sowjetwaren zu schieben.

Mittlerweile kommen alarmierende Nachrichten aus den durch die russischen Gegenmaßnahmen betroffenen Industrien. Besonders die Werkzeugmaschinen-Industrie fürchtet, bei Fortdauer des Handelskrieges in Kürze Tausende von Arbeitern entlassen zu müssen.

Republik Polen.

Arbeitslosen-Demonstration in Warschau.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Am Dienstag mittag hat auf dem Mirrowskiplatz in Warschau, wo sich große Markthallen befinden, eine Demonstration von Arbeitslosen stattgefunden. Eine größere Menschenmenge versuchte unter Rufen: „Gebt uns Brot, gebt uns Arbeit“ einen Umzug zu veranstalten, wurde aber gleich durch Polizisten auseinandergetrieben. Während der dadurch entstandenen Verwirrung richtete die vor den Polizisten stehende Menge unter den Verkaufsständen Verwüstungen an, so daß eine Anzahl von Geschäftsleuten erheblichen Schaden erlitt. Es wurde eine starke Polizeiabteilung herangezogen, um den Marktplatz zu überwachen und weiteren Demonstrationen vorzubeugen.

Polizei schoß auf die Menge.

Die Polnische Telegraphen-Agentur meldet aus Krakau:

Am Montag nachmittag wurden in der Gemeinde Kasin vier Polizisten, die zwei Personen nach der Polizeiwache absführten, weil sie am Tage zuvor der Polizei Widerstand geleistet hatten, von einer größeren Menschenmenge angegriffen. Die Menge versuchte die Verhafteten zu befreien, umzingelte die Polizisten und griff sie mit Stöcken und Steinen an. Ein Polizeibeamter wurde ernstlich verletzt, die anderen waren gezwungen, zu ihrem eigenen Schutz von der Waffe Gebrauch zu machen. Es wurden fünf Schüsse abgegeben, durch die drei Personen verletzt wurden. Einer der Verletzten ist inzwischen gestorben. Über den Vorfall wurde unverzüglich eine Untersuchung eingeleitet.

Deutsches Reich.

Die Verlobung des Prinzen Wilhelm.

Wie der „Bonner Generalanzeiger“ mitteilt, hat wegen der Verlobung des Prinzen Wilhelm von Preußen zwischen einem Vertreter des Kaisers und dem Prinzen eine Unterredung stattgefunden. Nach der Unterredung erklärte der Prinz, sie sei außerordentlich harmonisch verlaufen. Der Inhalt werde jedoch vertraulich behandelt.

Das Heiratsaufgebot des Prinzen Wilhelm mit Fräulein Dorothea von Salvati ist bereits im Bonner Stadthaus ausgehängt worden. Die Trauung wird Mitte Mai in Bonn stattfinden. Der Tag der Trauung ist noch nicht festgesetzt.

Freiherr von Schön gestorben.

Freiherr von Schön, der frühere deutsche Botschafter in Paris in der Kriegszeit, ist in der Nacht zum Montag, 82 Jahre alt, in Berchtesgaden einem Herzschlag erlegen.

Wilhelm Freiherr von Schön entstammte einer wohlhabenden bürgerlichen Wormser Industriellen-Familie. Nach ehrenvoller diplomatischer Laufbahn wurde er von dem Petersburger Botschafterposten 1907 zur Leitung des Auswärtigen Amtes berufen, das er nach Bülow's Sturz mit der Pariser Botschaft vertauschte. Am 3. August 1914 traf ihn die Aufgabe, der Französischen Regierung den Krieg zu erklären, nachdem gewisse Wirtschaftsforderungen für den Fall der Krieg der Französischen Neutralität durch den Lauf der Ereignisse als gegenstandslos erwiesen waren.

Lebensweisheiten.

Ein gutes Gewissen ist besser als zwei Zeugen. Es verzehrt deinen Kummer wie die Sonne das Eis. Es ist ein Brunnen, wenn dich dürtet, ein Stab, wenn du sinkst, ein Schirm, wenn dich die Sonne sticht, ein Kopftuch im Tode. —

Ein großer Kopf ist gewöhnlich ungesellig. Gejelligkeit hat nur was Gemeines, was Unvollständiges. Man ist sich nicht selbst genug. —

Es ist sehr gut, daß es dem Menschen nicht immer nach seinen Wünschen geht. Gott behält sich ein Votum bei ihm vor, und anstatt daß ein Mensch betrübt sein sollte, daß ihm ein Posten abgeschlagen wird, sollte er sich freuen, daß Gott der Herr sich in die Sache eingemischt. — Wenn man die Zeit abwarten kann, wird Wasser in Wein verwandelt. —

In der Fremde sein, heißt in die Hand Gottes fallen; in seinem Vaterlande ist man, wenn's hoch kommt, in der Hand der Menschen, gemeinhin in der Hand seiner Feinde. —

Lugenden, die nie das Glück gehabt haben, in Versuchung zu kommen, sind, wie die Scheidemünze, von sehr verdächtigem Schrot und Korn, ob sie gleich gemeinhin den Vorzug haben, in Kurs zu bleiben.

Theodor Gottlieb von Hippel.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 26. April.

Wenig verändert.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet wenig Änderung des herrschenden Witterungscharakters an.

Eisige Frühlingsboten.

In diesen Tagen tauchen in manchen Straßen unserer Stadt weit leuchtende Schilder auf, die verkünden, daß hier eine Eiskonditorei eröffnet wurde. Hinter der Schaufensterseite laden Tische und Stühle zu einer „Erfrischungspause“ ein. Dieses Ereignis wiederholt sich in jedem Jahr, es ist eigentlich gar nichts Neues mehr, und doch wirkt es stets von neuem als kleine Sensation und übt immer die gleiche umwälzende Wirkung aus. Man merkt plötzlich, daß die Sonne schon ganz angenehm wärmt, daß die Wärme, die die langen Straßen säumen, frische grüne Blättchen haben, und man denkt daran, nun endlich die lustige Frühjahrsgarderobe, die schon lange verstohlen auf das Ausgeführtwerden wartet, hervorzuholen.

An einer sonnigen Straßenecke ist der erste „fliegende Eisbäckerei“ aufgetaucht. Er steht zwar nicht gerade so aus, als ob er besonders unter der Frühlingshitze zu leiden hätte, denn von dem makellosen Weiß seiner Konditorjacke heben sich die blaugefrorenen Hände und die vom ununterbrochenen Frühlingswind sanft gerötete Nase etwas auffallend ab — er hat auch seinen „Baden“ nur um die Mittagszeit geöffnet — aber trotz alledem kommen schon die ersten Kunden. Natürlich ist es die Jugend, und insbesondere die Schuljugend, die die große Wendung sofort erfaßt hat. Für wenige Groschen, die ein richtiger Junge auch in den knappsten Zeiten noch aus seiner Hosentasche hervorwagt, kann man eine rosa leuchtende Eiswaffelfüte erstecken. Die vorübergehenden reagieren verschieden auf den Anblick der Eis schleckenden Kinder. Einigen können der Verlockung nicht widerstehen und versichern eifrig, die eisige Erfrischung in den lästeklammen Händen, daß es schon herrlich warm sei; die anderen schlagen fröhlich den Mantelkragen hoch und denken an ihre geheizte Stube.

Die Eiskonditoreien schaffen es — im Verein mit den jetzt endlich erschienenen Sonnenstrahlen — die Umstellung auf eine schönere Jahreszeit endgültig zu vollziehen und ein überzeugendes Frühlingsgefühl wachzurufen.

Wie weit die Verheizung schon fortgeschritten ist, beweist ein Vorfall, der sich am gestrigen Tage auf einer der Bromberger Brücken ereignete. Ein Schüler der dritten Vorschule des deutschen Lyzeums befand sich auf dem Wege zur Schule und war an der Chausseestraße (Grunwaldzka) aus. Als er über die Brücke in der Wilhelmstraße ging, kam ihm ein polnischer Gymnasiast im Alter von etwa 16 Jahren entgegen. Er ergriff die Mütze des deutschen Schülers und warf sie mit einem Schwung in das Wasser. Darauf schritt er unbehelligt von dannen.

Die Feuerwehr wurde Dienstag gegen 11.30 Uhr abends nach dem Städtischen Grundstück in der Kaiserstraße, in dem sich auch die Wohlahrts-Abteilung des Magistrats befindet, gerufen. Dort war Strandwerk, das von der Stadtgärtnerie auf dem Hofe aufgestapelt wurde, in Brand geraten. Passanten alarmierten die Feuerwehr in der Annahme, daß man es mit einem gefährlichen Brande zu tun habe. Die Wehr konnte in ganz kurzer Zeit jede Gefahr beseitigen.

Gut nachbarliche Beziehungen müssen in dem Hause Kurjawińska 80 herrschen. Dort wurde die 18jährige Helene Mazurkiewicz im Verlaufe eines Streites bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen. Mit Hilfe der Rettungswache schaffte man die Verletzte in das Städtische Krankenhaus.

Ein Hühnerdieb hatte sich in der Person des 36jährigen Arbeiters Alfons Kurba aus dem Kreise Wongrowitz vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts zu verantworten. Er hatte bei seinen zahlreichen Diebstählen über 50 Hühner erbettet, die er dann auf den Märkten weiter verkaufte. Die Diebstähle führte er so geschickt an, daß er lange Zeit von der Polizei nicht festgenommen werden konnte. Vor Gericht bekannte sich der Angeklagte nur teilweise zur Schuld und gibt an, daß er infolge großer Not gezwungen war, zu stehlen. Er wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Mit billigem Holz versehen hatten sich die Brüder Marjan und Anton Lipiński aus dem Kreise Bromberg. In der Nacht zum 12. Dezember v. J. hatten sich die beiden nach dem staatlichen Forst in Radzionka begeben und eine größere Menge Holz gestohlen. Als sie dasselbe mit einem Handwagen nach Hause schaffen wollten, wurden sie von

einem Forstbeamten überrascht. Die beiden Brüder hatten sich wegen dieses Diebstahls vor dem hiesigen Kreisgericht zu verantworten, das sie zu je 15 Tagen Arrest verurteilte.

Der heutige Wochenmarkt brachte mittelmäßigen Verkehr. Zwischen 10 und 11 Uhr forderte man für Butter 1,30 bis 1,40, für Eier 0,90—1,00, Weißkäse 0,20—0,25, Tilsiterkäse 1,60—1,70. Die Gemüse- und Obstpreise waren wie folgt: Weißkohl 0,20, Rotkohl 0,25, Brokkoli, rote Rüben und Brüken 0,15, Spinat 0,25, Salat 0,20, Rhabarber 0,70, Radieschen 0,20—0,25, Gurken 0,00. Die Fleischpreise waren wie folgt: Enten 5,00—6,00, Gänse 8,00—10,00, Hühner 2,00—4,00, Puten 8,00—10,00, Tauben 0,70. Für Fleisch zahlte man: Speck 0,80—0,90, Schweinefleisch 0,70—0,80, Rindfleisch 0,50—0,60, Kalbfleisch 0,50—0,60, Hammelfleisch 0,50—0,60. Der Fischmarkt lieferte Hechte zu 1,00—1,50, Schleie 1,20—1,50, Blöße 0,30—0,40, Bresen 0,60—0,80, Barsch 0,60—1,00, Karauschen 1,00—1,20.

Zu einem Zusammenstoß zwischen einer Autotaxe und einem auswärtigen Lastwagen kam es gestern nachmittags an der Ecke Brenkenhoff- und Mittelstraße. Während das Auto stark beschädigt wurde und abgeschleppt werden mußte, kamen die beiden Wagenlenker ohne Schaden davon.

Vorschule des Dregerlyzeums, ul. Petersena 1.
Die Aufnahme der Schulanfänger (Jahrgang 1926) findet vom 27. bis 29. April von 12—13 Uhr in der Direktion statt.
Vorzulegen sind Geburts- und Impfschein.

ex Egin (Kenya), 25. April. Der heutige Wochenmarkt war sehr gut besucht. Eier kosteten die Mandel 0,70—0,80; für Butter wurde 1,10—1,40 gezahlt. Der Schweinemarkt wies ein ziemlich lebhaftes Bild auf. Ferkel kosteten 18—20 Bloty das Paar.

Dem Baumeister Peracki hier wurden 150 Bloty auf noch ungeklärter Weise gestohlen. Er wurde mit seiner Frau von dem Dienstmädchen aus der Kirche geholt, das ihnen sagte, zwei Männer wären in der Wohnung gewesen, hätten sie bedroht und das Geld aus dem Schrank genommen. Bei ihrer Aussage von der Polizei konnten das Mädchen keine näheren Angaben machen.

z Inowrocław, 26. April. Vor der Strafkammer hatten sich heute die drei Brüder Ignaz, Wawrzyniec und Josef Hanuszewski zu verantworten. Die drei Angeklagten fuhren am 11. Dezember v. J. von Thorn nach Inowrocław. Bei der Fahrtkontrolle stellte sich heraus, daß Josef Hanuszewski eine Karte nicht vorweisen konnte. Dagegen reichte er unter Beschimpfungen dem kontrollierenden Schaffner Wiśniewski seine Uhr mit Kette hin. Während der Beamte noch mit Josef H. sprach, stürzten sich die beiden anderen auf den Beamten, schlugen ihm die Mütze vom Kopf und begannen ihn zu würgen, so daß sich der Beamte genötigt sah, den Zug zum Stehen zu bringen und den Lokomotivführer Pawłski und den Hetzer Wilke zur Hilfe zu rufen. Aber auch diese beiden wurden von den Angeklagten mit Stößen und Hieben empfangen. Erst als noch ein in demselben Zug anwesender Hauptmann herbeigerufen wurde und die Angeklagten überwältigt waren, konnte der Zug seine Fahrt fortfahren. Die beiden ersten Angeklagten behaupten, von dem Schaffner zuerst mit der Billetzange geschlagen worden zu sein. Nach den Zeugenaussagen wurden die Angeklagten jedoch für schuldig befunden und zu je 6 Monaten Gefängnis und Strafung der Kosten verurteilt.

* Lissa (Leszno), 25. April. Vor einer Woche begann vor dem Warschauer Bezirksgericht der Prozeß gegen den früheren Inspektor der Lissauer Genzwehr Jan Siedlecki und Genossen wegen Schmuggels von Medikamenten. Angeklagt sind ferner Leonard J. Rosko, ein Posener Großhändler für Apothekerwaren, Kazimierz Roszkiewicz, der frühere Direktor der Rawitscher Krankenkasse, Bolesław Rejba Friede, Szmul Szwarec und der Arzt Dr. Dajkowski. Die Anklageschrift wirft den Angeklagten vor, Medikamente ohne Zoll nach Polen eingeführt und dadurch den Staat um den Zollzoll von 5500 Bloty geschädigt zu haben. Die Verhandlung leitet der Richter Blutsztein. Nachdem schon in Warschau und Posen Gerichtsverhandlungen stattgefunden hatten, kam heute morgen das Warschauer Bezirksgericht nach Lissa, um auch hier weitere Zeugen zu vernnehmen. Früh um 9 Uhr begann im Lissauer Gerichtsgebäude die Weiterführung des Prozesses. Das Interesse des Publikums ist sehr groß. Auf der Anklagebank sitzen Siedlecki, Jaroszko und Roszkiewicz. Das Verhalten Siedleckis ist außerordentlich selbstsicher. Es wurden zunächst einige Grenzbeamte vernommen, ferner der Starost Bentkeler und Professor Barstki in der Angelegenheit der Pachtbeschaffung für die Angeklagten Jedwab und Jaroszko, die seinerzeit auf Empfehlung Siedleckis erfolgte.

Einbrecher drangen in der Nacht zum Dienstag in das Hotel Conrad ein und stahlen sämtliche Edelmetalle, eine Billarddecke, Tischläufer, Bigarren, Zigaretten und Bargeld. Die Diebe wurden jedoch beobachtet und es gelang, einen festzustellen, der sich aber rechtzeitig vor der Verhaftung durch die Polizei in Sicherheit bringen konnte.

* Moritzfelde (Murucin), Kreis Bromberg, 25. April. Ein Feuer entstand in dem Nachbardorf Hohenwalde (Drzewienowo) bei dem Besitzer Ojewski. Durch den Brand wurde ein Stall mit Butterküche eingeeßert. Die Feuerspritzen aus Bachwitz und Popielewo waren bald zur Stelle und konnten das Feuer auf seinen Herd beschränken. Verbrannt sind 10 Schweine; mehrere wertvolle Schweine mußten abgeschlachtet werden und das Eingehen weiterer vier Stück ist zu befürchten. Bei der „Hilfsaktion“ haben Spizzibüben mehrere fast neue Kutschgesirre gestohlen.

* Posen, 25. April. In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung kam es zu Beginn zu erheblichen Störungen durch die kommunistischen Stadtverordneten, daß der Vorsitzende Prof. Paczkowski verschiedene Stadtverordnete zur Ordnung rufen und ihnen schließlich das Wort entziehen mußte. Die Kommunisten hatten verschiedene Anträge eingebracht, deren Erledigung außerhalb der Kompetenz des Stadtparlaments liegt. Ein Antrag beschäftigte sich mit der abendländischen Mithandlung politischer Gefangenen, gegen die sich der Stadt. Brygier wandte. Als er dabei die Behauptung aufstellte, daß der Stadt. Brygier sich geäußert hätte, „es würde noch zu wenig gesagt“, antwortete dieser, daß der Stadt. Brygier, der den kommunistischen Antrag stotternd vorlas, in der Schule offenbar zu wenig Schläge bekommen hätte, sonst würde er

besser lesen können. — Der Stadt. Libera befürwortete darauf einen Antrag, daß dem schwierigsten Friseurgewerbe eine sonntägliche Geschäftsstunde von 9—1 Uhr mittags gestattet werden möchte. — Die Versammlung stimmte so, dann der Magistratsvorlage auf eine zehnprozentige Preiserniedrigung für Wasser, Gas und elektrisches Licht und eine zwölfsprozentige für elektrischen Strom nach außerhalb zu. Bei der zehnprozentigen Herabsetzung für Gas müssen allerdings 5 Prozent an den Arbeitslosenfonds abgeführt werden. — Bei dem Referat über Budgetänderungen für das Wirtschaftsjahr 1933/34, das der Stadt. Goebel erstattete, wandte sich der Berichterstatter gegen die Forderung der Wojewodschaft als Aufsichtsbehörde auf Einstellung von 1020 000 Bl. für die Zwecke der Arbeitslosenhilfe mit der Begründung, daß der Staat ausreichend ordentliche Mittel für diesen Zweck vorsehe. Die Versammlung schloß sich den Ausführungen des Berichterstatters und seinem Protest an, so daß also der Haushaltkonflikt mit der Wojewodschaft vorläuft. — Der Magistrat beabsichtigt, um einen prozentualen Abbau der städtischen Arbeiter zu umgehen, vom 1. Mai ab eine zehnprozentige Herabsetzung ihrer Löhne. Nach einer uferlosen Aussprache zwischen den Vertretern der Linken und der Mitte eckerte und den Nationaldemokraten andererseits wurde schließlich ein Antrag angenommen, daß der Magistrat die geplante Lohnherabsetzung wieder rückgängig machen solle.

Festgenommen wurde Witold Ciński, der 5000 Bloty unterschlagen hat.

Selbstmord durch Gasvergiftung verübte in seiner Wohnung fr. Augusta Victoriastraße 20b der 50jährige Albert Lewandowski aus unbekannter Ursache.

Seit dem 18. d. M. ist der 48jährige Kellner Stanislaw Makowski aus seiner Wohnung spurlos verschwunden.

Rundschau des Staatsbürgers.

Welche Beiträge sind für den Arbeitsfonds zu entrichten?

Die zahlreichen Anfragen, die an uns in bezug auf das seit dem 1. April d. J. verpflichtende Gesetz über den Arbeitsfonds ergangen sind, machen es notwendig, ergänzende Erläuterungen zu dem von uns im Vorlaufe veröffentlichten Gesetz zu bringen. Die größte Unklarheit scheint bei der Auslegung des Art. 15 des Gesetzes zu herrschen, der sich im einzelnen mit der in Abzug zu bringenden Beitragshöhe beschäftigt. Abs. 1 dieses Artikels sagt ausdrücklich, daß alle Arbeitnehmer vom Brutto-Einkommen 1 Prozent für den Arbeitsfonds zu entrichten haben. Als Grundlage der Beitragsberechnung gilt nach § 2 der Ausführungsbestimmungen die Gesamtsumme des jeweils zur Auszahlung gelangenden Diensteincomings ohne jegliche Abzüge. Die in Naturalien geleisteten Entschädigungen sind miteinzurechnen. Die Beitragshöhe, die sich auf weniger als 1 Bloty belaufen würde, wird nicht erhoben. So braucht z. B. eine Hansangestellte, die 25 Bloty monatlich in bar bezahlt, keinen Beitrag für den Arbeitsfonds entrichten, da die Unterhaltskosten für sie gesetzlich mit 36—67 Bloty monatlich angenommen werden. Sie hat demnach ein Brutto-Diensteinkommen von 85 Bloty. 1 Prozent von dieser Summe ergibt erst eine Beitragshöhe von 0,85 Bloty, die, da sie geringer ist als 1 Bloty, nicht berechnet zu werden braucht.

Abs. 4 des Art. 15 besagt, daß der Arbeitgeber von den gezahlten Löhnen, Gehältern und Dienstbezügen gleichfalls 1 Prozent für den Arbeitsfonds zu entrichten hat. Gede anders lautende Auslegung, wonach lediglich die vom Diensteinkommen des Arbeitnehmers in Abzug gebrachten einprozentigen Beiträge vom Arbeitgeber dem Arbeitsfonds zugeführt werden, beruht auf einem Irrtum. In Wirklichkeit also führt der Arbeitnehmer 2 Prozent an den Arbeitsfonds ab, d. h. 1 Prozent, das dem Arbeitnehmer in Abzug gebracht wird und 1 Prozent, das der Arbeitgeber selbst zu zahlen hat.

In diesem Zusammenhang sei noch besonders darauf hingewiesen, daß das Gesetz über die Arbeitslosenhilfe vom 28. August 1932 (Dz. Ust. 74, Pos. 664) außer Kraft gesetzt wird. Die darin enthaltenen Beitragszahlungen für die Arbeitslosenhilfe wie z. B. die 50-Groschen-Hackersteuer in den Lokalen in der Zeit nach 12 Uhr nachts, sind in dem neuen jetzt verpflichtenden Gesetz enthalten. Das Gesetz über die Arbeitslosen-Unterstützung hingegen, das alle Betriebe, die mehr als vier Personen beschäftigen, betrifft, verpflichtet weiterhin.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 26. April 1933.
Krakau — 2,90, Jawischost + 0,91, Warshaw + 0,87, Biecz + 0,80, Thorn + 0,87, Wordon + 0,91, Culm + 0,83, Graudenz + 1,01, Kurgabrat + 1,14, Bielsk + 0,99, Dirschau + 0,83, Einlage + 2,22, Schielenhorst + 2,46.

In Danzig
nimmt unsere Filiale von
Tel. 21984 H. Schmidt, Holzmarkt 22 Tel. 21984
Insolrate und Abonnements
zu Originalpreisen für die
„Deutsche Rundschau“
entgegen.
Verlangen Sie bitte in den Hotels und Restaurants die
„Deutsche Rundschau“. Das Blatt liegt überall aus.

Chef-Nedakteur: Gottbold Starke; verantwortlicher Nedakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströse; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Drucke; für Anzeigen und Reklame: Edmund Przygoda; Druck und Verlag von A. Dittmann & Co. v. s. f. sämtlich in Danzig.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 96.

Statt Karten.

Johanna Cohn * Julius Senft

Verlobte

Bydgoszcz

April 1933

Starogard (Pom.)

1806

Schnell und unerwartet verstarb heute abend um 10 Uhr mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater, Bruder und Onkel, der Sägewerksbesitzer

Wilhelm Riewe

im 61. Lebensjahr.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Ottlie Riewe und Kinder.
Grabau, den 24. April 1933.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 27. April, nachm. 4½ Uhr, vom Trauerhause aus statt. 3773

Statt besonderer Anzeige.
Heute nachm. 5½ Uhr entschließt sich nach schwerem Leiden unsere herzensgute, liebe Mutter, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante

1804

Frau Antonie Pauli
geb. Gess
im 70. Lebensjahr.

Dieses zeigen mit der Bitte um stillle Teilnahme tief betrübt an

Aurt Pauli und Frau.
Platnowice, den 25. April 1933.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 29. d. Wts., 3 Uhr nachmittags, von der evangel. Kirche zu Platnowice aus statt.

Grabumfassungen
Tafeln, Kreuze
am reeliesten u. billgst.
nur bei Raczkowski,
Marsz. Focha 36, frühere
Wilhelmstr. a.d. Brücke

Maschinen-
Schreibe
G. Vorreau
Marszałka Focha 10.

Teppiche
Gardinen
Läufer
Möbelstoffe
empfiehlt
zu billigsten Preisen

Dekora
Gdańska 10/165
1. Etage.
Telefon 226, 3190
Besonderer Beachtung
empfiehlt meine

Spez.-Mühwerkstatt
für
stilvolle Gardinen
und Stores.

Berloren!
am 1. Osterfeiertag auf dem Storn Rynel, neb. d. Kloster bei der Stadt-Bibliothek, ein Portemonnaie (Hufeisenform) mit ca. 85 zł Inhalt. Da mir das Geld zum größten Teil nicht gehörte und ich außerdem ohne Stellung bin, bitte ich den gütigen Finder, um ges. Rückgabe gegen hohe Belohnung.

Maria Nowicka
Bydgoszcz, 3779
Sieradzka 17, m. 5.

Für die
Frühjahrsplanzung!

Obstbäume

hoch- und halbstammig, Busch, Spalier u. Cordon,

Frucht- und
Beerensträucher

in besten Sorten als: Stachel- und Johanniss-Beeren, Himbeeren, Brombeeren,

Pfirsiche u. Aprikosen, Walnüsse, Haselnüsse,

Edelwein, Allee-
bäume, Trauer-
bäume,

Blütensträucher

1. ca. 60 best. Sort.

Soergel-Pflanzen, Rhabarberstaub,

Hecken-Pflanzen, Schling- u. Kletter-
pflanzen,

Clematis, Glycinien, Aristolochien, Resedawine, selbtkl. und wilder Wein,

peren, winterharte Staudengewächse

i. ca. 70 best. Sort.

hochstämmige u. niedrige Rosen,

Polyantha- und Kletterrosen i. den allerbesten und neuesten Sorten.

Alles in größter Auswahl und zu sehr billig. Preis.

Bitte besuch. Sie meine Gärtner.

Jul. Ross,

Gartenbaubetrieb
Grunwaldzka 20.
Telefon 48. 3355

Sommer-
sprossen
Furunkel



Mitesser
und gelbe
Flecken

beseitigt

915

Krem-Halina Nr. 1.

Ueberall erhältlich.

Vorschriftsmäßige

Miets-Quittungsbücher

zt 1.25

Versand nach außerhalb
gegen Einsendg. von zt 1.50

A. Dittmann, T. z. Bydgoszcz

Marszałka Focha 6.

2316

a.d. Geschäft. d. Zeitg. erb.

Starogard (Pom.)

1806

a.d. Geschäft. d. Zeitg. erb.

Intellig. Mädchen sucht
Stellg. Haustochter

od. zu Kindern mit Fa-

miliens-Anschl. Off. unt.

Nr. 3747 an die Geschi-

t. A. Kriede, Grudziądz.

Wädchen aus best.

Verhältn., z. selbstständ.

Handeln fähig u. tücht.

dabei bescheiden, sucht

Wirtschafts-Stellung. Off. u.

U. 1802 a. d. Geschäft. d. 3.

Deutsch-poln. sprachend.

Dienstmädchen, selbst-

ständ., sucht Stelle. Off.

u. P. 1796 a. d. Geschäft. d. 3.

Wädchen aus best.

Verhältn., z. selbstständ.

Handeln fähig u. tücht.

dabei bescheiden, sucht

Wirtschafts-Stellung. Off. u.

U. 1802 a. d. Geschäft. d. 3.

Deutsch-poln. sprachend.

Dienstmädchen, selbst-

ständ., sucht Stelle. Off.

u. P. 1796 a. d. Geschäft. d. 3.

Wädchen aus best.

Verhältn., z. selbstständ.

Handeln fähig u. tücht.

dabei bescheiden, sucht

Wirtschafts-Stellung. Off. u.

U. 1802 a. d. Geschäft. d. 3.

Deutsch-poln. sprachend.

Dienstmädchen, selbst-

ständ., sucht Stelle. Off.

u. P. 1796 a. d. Geschäft. d. 3.

Wädchen aus best.

Verhältn., z. selbstständ.

Handeln fähig u. tücht.

dabei bescheiden, sucht

Wirtschafts-Stellung. Off. u.

U. 1802 a. d. Geschäft. d. 3.

Deutsch-poln. sprachend.

Dienstmädchen, selbst-

ständ., sucht Stelle. Off.

u. P. 1796 a. d. Geschäft. d. 3.

Wädchen aus best.

Verhältn., z. selbstständ.

Handeln fähig u. tücht.

dabei bescheiden, sucht

Wirtschafts-Stellung. Off. u.

U. 1802 a. d. Geschäft. d. 3.

Deutsch-poln. sprachend.

Dienstmädchen, selbst-

ständ., sucht Stelle. Off.

u. P. 1796 a. d. Geschäft. d. 3.

Wädchen aus best.

Verhältn., z. selbstständ.

Handeln fähig u. tücht.

dabei bescheiden, sucht

Wirtschafts-Stellung. Off. u.

U. 1802 a. d. Geschäft. d. 3.

Deutsch-poln. sprachend.

Dienstmädchen, selbst-

ständ., sucht Stelle. Off.

u. P. 1796 a. d. Geschäft. d. 3.

Wädchen aus best.

Verhältn., z. selbstständ.

Handeln fähig u. tücht.

dabei bescheiden, sucht

Wirtschafts-Stellung. Off. u.

U. 1802 a. d. Geschäft. d. 3.

Deutsch-poln. sprachend.

Dienstmädchen, selbst-

ständ., sucht Stelle. Off.

u. P. 1796 a. d. Geschäft. d. 3.

Wädchen aus best.

Verhältn., z. selbstständ.

Handeln fähig u. tücht.

dabei bescheiden, sucht

Wirtschafts-Stellung. Off. u.

U. 1802 a. d. Geschäft. d. 3.

Deutsch-poln. sprachend.

Dienstmädchen, selbst-

ständ., sucht Stelle. Off.

u. P. 1796 a. d. Geschäft. d. 3.

Wädchen aus best.

Verhältn., z. selbstständ.

Handeln fähig u. tücht.

dabei bescheiden, sucht

Wirtschafts-Stellung. Off. u.

U. 1802 a. d. Geschäft. d. 3.

Deutsch-poln. sprachend.

Dienstmädchen, selbst-

ständ., sucht Stelle. Off.

u. P. 1796 a. d. Geschäft. d. 3.

Wädchen aus best.

Verhältn., z. selbstständ.

Handeln fähig u. tücht.

dabei bescheiden, sucht

Wirtschafts-Stellung. Off. u.

U. 1802 a. d. Geschäft. d. 3.

Deutsch-poln. sprachend.

Dienstmädchen, selbst-

ständ., sucht Stelle. Off.

u. P. 1796 a. d. Geschäft. d. 3.

Wädchen aus best.

Verhältn., z. selbstständ.

Bromberg, Donnerstag den 27. April 1933.

Pommerellen.

26. April.

Die Kommission zur Registrierung mechanischer Fahrzeuge

wird im Mai und Juni an folgenden Tagen in Thorn amtierten: 6., 13., und 20. Mai und 3., 10., 17. und 24. Juni.

Die Besitzer der mechanischen Gefährte, die registriert werden sollen, müssen mindestens 8 Tage vorher ihre Gesuche an das Wojewodschaftsamt richten, worauf der Termin der Besichtigung bestimmt werden wird. Diejenigen Personen, die das Chauffeur-Examen abzulegen wünschen, haben gleichfalls ein entsprechendes Gesuch einzureichen und sich erst nach Erhalt einer Aufforderung zu melden.

Graudenz (Grudziadz).

Die Stadtverordneten-Sitzung

am Montag abend hatte eine besonders umfangreiche Tagesordnung aufzuweisen, weshalb die Sitzung eine fünfstündige Dauer hatte.

Beschlossen wurde die Prolongation der kurzfristigen Anleihe von 400 000 Złoty bei der Posener Kommunalbank, sowie die Änderung der s. St. für den Bau des städtischen Wohnhauses in der Bahnhofstraße (Dworcowa) bei der Versicherungsanstalt für geistige Arbeiter aufgenommenen langfristigen Anleihe von 226 945 Złoty. Genehmigt wurden die Statuten betr. die Hundesteuer, sowie die Gebühren von Hotels und für Lustbarkeiten, weiter der Pachtvertrag auf dem Gute Gr. Tarpen, sowie die Bevollmächtigung des Magistrats zum Verkauf einiger städtischer Objekte.

Zur Angelegenheit der Überlassung von Terrain am Fährplatz an den Sportverein „Sofol“ auf 99 Jahre zwecks Errichtung eines Bootshauses, beschloß die Versammlung, die Vorlage dem Magistrat zwecks nochmaliger Behandlung zurückzugeben, weil der Punkt „Erbauung einer Wohnung für den städtischen Bademeister“ noch nicht genügend geregelt ist. Die Spitalgebühren wurden um 14–30 Prozent ermäßigt, für Kinder sind in jeder Klasse $\frac{1}{2}$ der Kosten zu entrichten.

Gegen das Magistratsprojekt über die Aufnahme einer Anleihe von 300 000 Złoty zwecks Errichtung einer Markthalle erhob sich erheblicher Widerspruch. U. a. wurde gesagt, daß man für diese Summe lieber die traurigen Zustände in der Czarnecki-Kaserne beseitigen und Wohnhäuser bauen solle. Magistratlicherseits wurde betont, daß man die Anleihe nur für sich rentierende Zwecke erhalten könne. Das Standgeld bringe jährlich 23 000 Złoty, und daraus lasse sich die Anleihe verzinsen und tilgen. Schließlich beschloß man denn auch nach dem Wunsche des Magistrats, ebenso auch die Aufnahme einer anderen Anleihe zum Bau von zwei Wohnhäusern.

Ein wichtiger Tagesordnungspunkt war die Zustimmung zur Änderung des Budgetvoranschlags für 1933/34 gemäß den vom Wojewoden geforderten Änderungen. In der Debatte wurde dem Magistrat manches bitteres Wort gesagt. Moniert wurde z. B., daß die Stadt mit Grodki auf weitere zehn Jahre einen Vertrag geschlossen und dadurch angeblich jährlich ca. 140 000 Złoty verloren habe bzw. verliere. Vom Stadtpräsidenten wurden diese und sonstige Bemängelungen für unzutreffend erklärt. Als die Debatte allan schärfste Formen anzunehmen schien, beschloß das Kollegium auf Antrag Rogowskis, die Beratung in geheimer Sitzung. Einige Stadtverordnete, wie die Poln. Soz. Partei und ein Teil der Christlichen Demokratie, verließen zugleich mit Publikum und Presse den Saal. Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit wurde das wojewodschafliche Dekret mit 12 Stimmen Mehrheit abgelehnt und beschlossen, daß der Haushaltsvoranschlag für 1933/34 durch die Budget- und Finanzkommission noch einmal daraufhin geprüft werden solle, ob sich nicht die Reduktion der Angestellten- und Arbeiterbezüge vermeiden lasse.

Sodann trat das Kollegium, nachdem noch einige weniger wichtige Magistratsvorlagen erledigt waren, an die Beratung über einen Dringlichkeitsantrag des Arbeitslosen-Komitees heran. Die Erwerbslosen verlangten Beginn der Notstandsarbeiten, Zuerkennung der sog. „Nothilfe“ auch an die weniger als 30 Złoty monatliches Einkommen Habenden, Ausgabe von Brennholz, sowie Kinderbelebung. Alle Redner erkannten die Wünsche der Erwerbslosen als berechtigt an, allein – so wurde festgestellt – sei die Verwirklichung der genannten Forderungen sehr schwierig, um so mehr, als die Finanzlage der Stadt eine sehr prekäre wäre. So betrügen die Rückstände aus laufender Rechnung 280 000 Złoty, und für Waren, von Kaufleuten geliefert, schulde der Magistrat 90 000 Złoty. Zum Ausdruck wurde gebracht, daß der Arbeitsfonds, dem aus unserer Stadt erhebliche Beträge zuflossen, hier ausgiebiger eintreten solle. Die von hier diesem Fonds überwiesenen Summen müßten eben auch mehr den hiesigen Arbeitslosen dienen. Schließlich wurde der Arbeitslosen-Antrag an die Kommission für soziale Fürsorge zur weiteren Erwägung überwiesen.

* * * Nichtigstellung. In der Berichterstattung über die antideutsche Hetzkampagne in Nr. 88 der „Deutschen Rundschau“ ist als eines der geschädigten Institute der Danziger Raiffeisen-Verein aufgeführt worden. Es sollte natürlich richtig heißen: Danziger Raiffeisen-Bank.

Thorn (Toruń).

Fliegerangriff.

Wie der Stadtpräsident durch Anschläge bekanntgibt, findet, um der Zivilbevölkerung zu zeigen, wie sie sich im Falle eines Fliegerangriffes zu verhalten hat, im Bereich der Stadt Thorn in Kürze eine Fliegerabwehr-Übung statt. Der Beginn der Übung wird mittels eines kurzen und eines langen Sirenensignals angekündigt. Auf dieses Alarmzeichen wird: 1. das Elektrizitäts- und Gaswerk für die Dauer der Übung das Licht ausschalten; 2. die Telephonverbindung unterbrochen. Zugelassen werden ausschließlich

Panflavin

PASTILLEN

DIE BEWÄHRTE PANFLAVIN-PASTILLEN
SIND NUNMEHR ZUM PREISE VON

ZŁ. 2.95

ZU HABEN.

AERZTlich EMPFOHLEN ZUM SCHUTZ GEGEN
HALSENZÜNDUNG, ERKÄLTUNG, GRIPPE.



Gespräche mit der Rettungsbereitschaft und der Feuerwehr. 3. Auf den Straßen ist sämtlicher Wagenverkehr einzustellen; Wagen, mechanische Gefährte, Droschen und Pferde sind nach Möglichkeit auf die nächstgelegenen Höfe zu führen; ebenso ist jeder Verkehr in Fabriken und sonstigen gewöhnlichen Anstalten zu unterbrechen. 4. Die Haustüren sämtlicher Häuser müssen offen gehalten werden. 5. Die Bevölkerung muß die Straßen und Plätze räumen und in den Hausfluren und Kellern der nächstliegenden Gebäude oder in den eigenen Wohnungen Schutz suchen. 6. Der Aufenthalt auf den Haussäcken und Balkonen ist verboten. 7. Abends und nachts sind alle Fenster dicht zu verhängen, so daß kein Licht auf die Straßen oder die Höfe dringen kann. Bei Treppenhäusern mit Oberlicht ist darauf zu achten, daß auch die Treppenbelichtung ausgeschaltet wird. Die Beendigung des Alarms wird durch einen langen Pfiff der Sirenen, der ohne Pause eine Minute hindurch dauert, sowie (abends) durch Aufblitzen des Lichtes fundet. Alle Einwohner werden zur genauesten Innehaltung der erlossenen Vorschriften sowie der Anordnungen der Verwaltungsorgane während des Fliegeralarms aufgesfordert. Gegen die Unordnungen Verstoßende werden zur Verantwortung gezogen.

* Der Wasserstand der Weichsel betrug Dienstag früh unverändert 0,88 Meter über Normal.

* Infolge Schienenenabschaltung wird der Straßenbahverkehr auf der Linie II Rathaus–Bahnhof Thorn-Mocker am Mittwoch durch Umsteigen aufrechterhalten.

* Unglücksfall bei der Arbeit. Der bei den Arbeiten an der neuen Brücke über die Weichsel beschäftigte Arbeiter Ignaz Walimack stürzte gestern während der Arbeit von einem Gerüst und erlitt dabei allgemeine Körpervorleidungen. Der Verunglückte mußte von der alarmierten Rettungsbereitschaft nach dem Stadtkrankenhaus gebracht werden.

* Zu dem tragischen Unglücksfall auf der Weichsel, bei dem der Gerichtsassistent Staszekiewicz den Tod fand, erfahren wir noch folgendes: Trotz des starken Windes und des hohen „Seeganges“ hatte der Verstorbene in Begleitung des Clubmitgliedes Szarszewski eine Ausfahrt in einem zweimützigen Gummiboot unternommen. In der Nähe der Eisenbahnbrücke schlug das Boot plötzlich voll Wasser und kenterte, so daß beide Insassen in das Wasser fielen. Da das Boot erst nach geraumer Zeit wieder an der Wasseroberfläche erschien, so mußten die Rettungskräfte versuchen, schwimmend das Ufer zu erreichen. Die Brüder Kazimierz und Alojzy Górecki, wohnhaft Sm. Ducha Nr. 11/13, die den Vorfall von dem Bräsig des Bootverleihers Schmidt aus beobachtet hatten, fuhren sofort mit einem Boot auf die Unfallstelle zu, konnten jedoch des starken Wellenganges wegen nur langsam vorwärts kommen. Nach großen Kraftanstrengungen gelang es ihnen schließlich, sich an den mit den Wellen kämpfenden Szarszewski heranzuarbeiten und dem verzweifelten um Hilfe Rufenden eine Leine zuzuwerfen, an die sich der Ertrinkende auch anklammern konnte. Zur gleichen Zeit, als die Rettung mit der Bergung des Szarszewski beschäftigt waren, ging Staszekiewicz, der ungefähr 20 Meter von dem Rettungsfahn entfernt war, plötzlich unter und ertrank. Der Rettete, der der geringen Größe des Rahnes wegen nicht an Bord genommen werden konnte, klammerte sich an dem Bootstrand fest und wurde auf diese Weise glücklich an Land gebracht.

* Marktbericht. Auf dem sehr gut besuchten Dienstag-Wochenmarkt notierte man folgende Preise: Butter 0,80–1,00, Butter 1,30–1,70, Apfel 0,30–1,40, eine Apfelsine 0,50–1,20, eine Zitrone 0,10–0,15; die ersten Gurken pro Stück 1,50, Spinat 0,25–0,80, Salat pro Kopf 0,08–0,15, Rhabarber 0,30 bis 0,40, Radieschen pro Bünd 0,10–0,15, Zwiebeln 3 Pfund 0,25, Meerrettich pro Stück 0,10–0,30, Petersilie, Schnittlauch und Suppengemüse pro Bünd 0,10, Kartoffeln 0,04–0,05, Wintergemüse wie bisher. Es gab sehr viel blühende Blumen in Töpfen und geschritten zu billigen Preisen.

* Vermisstanzeige. Stanisław Jozsewski, wohnhaft im Offiziersblock der Artillerie-Fähnrichsschule, meldete der Polizei, daß am Montag sein 18 Jahre alter Sohn Kazimierz Tadeusz das Elternhaus verlassen habe und bisher nicht zurückgekehrt sei. Die Polizei hat die Suche nach dem verschwundenen Knaben aufgenommen.

* Einem gewissenlosen Betrüger zum Opfer gefallen ist ein hiesiger Arbeitsloser. Er übergab dem Mann vertraulich 50 Złoty, damit er ihm eine Stellung besorge. Der Herr „Vermittler“ ist mit dem Gelde ausgerückt und wird durch die Polizei gesucht.

* Diebstahlchronik. Aus dem Lebensmittelgeschäft von Grams, Heiliggeiststraße (ul. Sm. Ducha) 19, wurden verschiedene Waren und eine Weckeruhr im Gesamtwert von 137 Złoty gestohlen. – Bei der Firma Albion Zielinski, Seglerstraße (ul. Zeglarska) 23, wurden aus einem Schaukasten zwanzig Krawatten und zwei Herrenhemden geraubt. – Nach Einschlägen der Scheibe wurden aus dem Schaukasten von Stanisław Rosak, Brückenstr. (ul. Mostowa) Nr. 20, sechs Meter Stoff entwendet. – Der in der Wallstraße (ul. Waly) 13 wohnhaften Anna Miejskie wurde eine silberne Herrenuhr gestohlen. – Aus dem Geflügelstall im Hause Bergstraße (ul. Podgóra) 6 wurden dem Fr.

Bauer elf Hühner mitgenommen. Die Täter sind in allen Fällen unbekannt. – Wegen Unterschlagung des Fahrrades von Jan Majewski aus Schönwalde (Wrózys) hiesigen Kreises wird der namentlich bekannte Täter, ein Mann ohne festen Wohnsitz, durch die Polizei gesucht.

* * * Wegen Geringschätzung des polnischen Staates wurde ein in der Friedrichstraße (ul. Warszawska) 8 wohnhafter, 42 Jahre alter Herr, Kaufmann Max Grütmacher, durch die Polizei verhaftet und der Staatsanwaltschaft beim Bezirksgericht zugeführt.

* * * Strasburg (Brodnica), 24. April. Der Wochenmarkt am Montag war gut besucht. Butter wurde reichlich angeboten und kostete das Pfund 1,20. Eier brachten pro Mandel 0,70–0,90. Auf dem Schweinemarkt kostete das Paar Ferkel 30–35 Złoty, schwere Schweine pro Rentier 50–53 Złoty. Bacon schweine wurden mit 43–46 Złoty pro Rentier bezahlt.

* * * Eine entstand aus noch unbekannter Ursache bei dem Besitzer Sylvester Zwoliński in Jałtrembiem hiesigen Kreises. Scheune und Stall wurden in kurzer Zeit ein Raub der Flammen. Mitverbrannt sind zwei Pferde, vier Kühe, der größere Teil der landwirtschaftlichen Maschinen und sämtlicher Korn- und Strohvorrat. Der Schaden beträgt 8000 Złoty und wird von der Versicherung gedeckt.

* * * Dem Landwirt Kopka in Szabda stehen Diebe vom Hause einen Arbeitswagen im Werte von 180 Złoty.

* * * Konitz (Chojnice), 25. April. Die Konitzer Schlosserinnung feierte am Montag ihr goldenes Jubiläum. Um 9 Uhr fand im Bahnhofshotel eine Festzusage mit anschließendem Frühstück statt. Der Obermeister gab in seiner Ansprache einen kurzen Überblick über die Tätigkeit der Innung und erwähnte, daß von den damaligen 26 Gründern noch einer lebt, der Schmiedemeister Josef Wachholz, der aber frankenthaler am Erscheinen verhindert war. Mit einem Hoch auf die Innung schloß die Ansprache. Die Überreichung der Ehrendiplome für 25-jährige Mitgliedschaft musste zur nächsten Sitzung verschoben werden, weil diese Auszeichnungen nicht rechtzeitig eingetroffen waren. Die Mitglieder blieben nach dem Essen noch lange gemütlich beisammen; ein kleines Tänzchen beschloß den Abend.

* * * Wegen Verbreitung von Falschgeld wurde am letzten Wochenmarkt ein Mann aus Mentschikow festgenommen. Er hatte mehrere falsche 1-Złoty-Münzen in den Verkehr gebracht.

* * * Der frühere Gemeindevorsteher von Lichnau, Józef Zwolski, hatte sich wegen Unterschlagung von Steuergeldern vor dem Konitzer Landgericht zu verantworten. J., ein gebürtiger Kongresspole, hatte sechs Jahre lang das Amt des Gemeindevorstehers inne. Im Jahre 1929 kaufte er seine Ansiedlung und zog nach Bialystok. Kurz vor seiner Abreise wurde eine Unterschlagung von Steuergeldern in Höhe von 1100 Złoty festgestellt. Trotzdem sofort ein Haftbefehl erlassen wurde, konnte J. noch entkommen. Erst jetzt, nach drei Jahren, wurde er in Kongresspolen ausfindig gemacht. Das Gericht verurteilte ihn zu sechs Monaten Gefängnis, deren Verbüßung ihm jedoch erlassen wird, wenn er innerhalb von zwei Jahren die gestohlenen 1100 Złoty zurückstattet. – Friedrich Probst aus Sokol, Kreis Bromberg, ging in Landsberg spazieren, als er von einem diensteifrigen Polizisten verhaftet wurde, der ihn in Verdacht hatte, daß er die Grenze nach Deutschland überschreiten wolle, um sich so der Militärschafft zu entziehen. P. hat den Polizisten, ihn nicht auf der Straße zu führen, da er in Landsberg sehr bekannt wäre und bot ihm dafür fünf Złoty an. Er hatte sich deswegen vor der Konitzer Strafkammer zu verantworten, die ihn wegen Beamtenbestechung zu sechs Monaten Gefängnis bei fünfjähriger Bewährungsfrist verurteilte. Von der Auflage der illegalen Grenzüberschreitung wurde er freigesprochen.

* * * Der Kath. Arbeiterverein hielt am Sonntag seine Jahreshauptversammlung ab. Der Präses erstattete den Jahresbericht, der ein weiteres Aufblühen des Vereins ergab. Nach dem Kassenbericht wurde dem Vorstand Entlastung erteilt und der alte Vorstand wiedergewählt.

* * * Neustadt (Bełżec), 25. April. Der Verein staatlicher Emigranten für Neustadt und Seefeld hielt Sonntag nachmittag eine Hauptversammlung ab, in der zunächst beschlossen wurde, den Verein weiter beitreten zu lassen. Durch Zuruf wurde nunmehr der neue Vorstand gewählt, und zwar Lewandowski, Schwab, Tadrowski, Bacharek, Wolter, Spitter, Wiśniewski, Wrożynski und Kłosz. Sodann stellte der Vorsitzende die Frage, ob die Mitglieder gewillt wären, für den Sterbefall von jedem Mitglied einen freiwilligen Beitrag von 1 Złoty als Begegnungsbeihilfe zu zahlen. Der Vorschlag fand allgemeinen Beifall und wurde angenommen.

* * * Landsberg (Węgorz), 25. April. Am letzten Sonntag stürzte vom Böllwerk in der Nähe der Friedenskirche der Sohn eines hiesigen Bürgers in den Stadtsee und drohte zu ertrinken. Passanten der Promenade entrissen ihn dem nassen Element.

Hugenberg — der Leiter von vier Wirtschafts-Ministerien.

Die Tel-Union verbreitet folgende Auskunft:

Ein früher inksstehendes Berliner Abendblatt beschäftigte sich in diesen Tagen mit der Tatsache, daß die Ernennung des Reichsministers Dr. Hugenberg zum preußischen Landwirtschafts- und Handelsminister noch nicht erfolgt ist. Im Zusammenhang damit sprach das Blatt von der außerordentlichen Arbeitsbelastung, die die gleichzeitige Verwaltung von zwei reichs- und zwei preußischen Ministerien bedeutet.

Wir erfahren dazu, daß dieser Gesichtspunkt für Dr. Hugenberg keine Rolle spielt. Bekanntlich ist Dr. Hugenberg nur auf Grund der Vereinbarung in das jetzige Kabinett eingetreten, daß die Gesamtheit der wirtschaftlichen Aufgaben in seiner Hand vereinigt werde. Um das bisherige Gegeneinander der Wirtschaftsressort zu vermeiden und einen gesunden Ausgleich zwischen landwirtschaftlichen, industriellen und mittelständischen Interessen zu gewährleisten.

Diese Zusammenfassung kann auf längere Sicht nur zu einer erhöhten Arbeitsersparung sowohl für den Ministerialamt für alle sonst Beteiligten einschließlich der Wirtschaft führen. Denn sie beseitigt viele Reibungen und Doppelarbeit und bedeutet bei folgerichtiger Durchführung eine große Vereinfachung des Geschäftsbetriebes. Der Übergangszustand, der aber zum Teil schon überwunden ist, stellt selbstverständlich erhöhte Ansprüche an die Arbeitskraft der Nachbeteiligten und bedingt — als Gegenstück der Ersparung von drei Ministergehältern — gewisse personelle Hilfen, die aber gegenüber den anderweit neu entstandenen Ministerien und Kommissariaten keine Rolle spielen. Das Wesentliche ist nach wie vor der Gesichtspunkt der Beseitigung der früheren Reibungen und der allmählichen Erweiterung der Aktionsfähigkeit und Organisationskraft durch Zusammenfassung der Aufgaben auf einheitliche und weitgesteckte Ziele. Ein Fassenlassen dieses Gesichtspunktes würde für den Arbeitsersolg des Kabinetts so nachteilig sein, daß daran nicht ernstlich gedacht werden kann.

*

Die Braunschweiger Deutschnationalen treten geschlossen zur NSDAP. über!

Wie aus Braunschweig gemeldet wird, haben am Montag zwischen Deutschnationalen und Nationalsozialisten im Lande Braunschweig Besprechungen stattgefunden, die zu dem Ergebnis geführt haben, daß der Landesverband der Deutschnationalen Volkspartei geschlossen zur NSDAP übertritt.

Der Vorstand des Landesverbandes der Deutschnationalen Volkspartei in Braunschweig hat eine entsprechende Erklärung abgegeben, in der es u. a. heißt:

„Die Mitglieder des Landesverbandes Braunschweig der DNVP wechseln nicht eine Partei gegen eine andere ein; denn das Parteiwesen ist tot und soll nach unserem Willen nicht wieder wachsen. Deutschlands Schicksal erfordert eine einheitliche Führung. Die Vorstandsmitglieder der DNVP, die sich der Führung Adolf Hitlers anvertrauen, wollen durch ihren Schritt den Parteikampf in Deutschland in ihrem Teil vermeiden. Hugenbergs unvergängliche Verdienste als Wegbereiter und Mitarbeiter zur Schaffung der nationalen Front findet freudige Anerkennung. Die Stunde aber geietet Einheit der Führung, und deshalb die Einmündung des deutschnationalen Kampfwillens in das große und starke Bett des ruhm- und erfolgreichen Nationalsozialismus.“

In nationalsozialistischen Kreisen wird der Übertritt der Deutschnationalen des Landes Braunschweig mit großer Genugtuung begrüßt. Dieser Schritt entspricht durchaus der Volksstimme und den seit langem gehegten Wünschen auf Herstellung einer vollkommenen Einigkeit. Die nationalsozialistischen Führer Braunschweigs heben besonders hervor, daß es dem kleinen Lande Braunschweig, das seinerzeit durch Zusammengehen von Nationalsozialisten und Deutschnationalen dem Volkskämpfer Hitler das braunschweigische und damit das deutsche Bürgerrecht verliehen hat, vorbehalten sei, eine völkige politische Einigung im ganzen Lande herzustellen und damit dem übrigen Deutschland ein nachahmenswertes Beispiel zu geben.

Der Braunschweigische Landtag, der seither der erste Landtag ohne Sozialdemokraten war, ist nunmehr auch das erste deutsche Landesparlament, das sich nur aus nationalsozialistischen Abgeordneten zusammensetzt. Gleichzeitig besteht das braunschweigische Stadtparlament künftig nur aus Nationalsozialisten.

*

1000 RM Belohnung!

Die Hauptgeschäftsstelle der Deutschnationalen Volkspartei veröffentlicht folgende Auslobung:

Am Dienstag, dem 11. April, abends 23 Uhr, wurde der deutschnationale Stadtverordnete und Landesführer des Kampfes junger Deutschnationaler, der Kaufmann Julius Georg in Schönebeck an der Elbe, von unbekannten Leuten entführt. Georg wurde, als er im Begriff war, seinen Wagen in die Garage zu bringen, von etwa 20 Männern umringt, ihm wurde von hinten ein Sack über den Kopf gezogen, und er wurde in ein Auto geschafft. Während der Fahrt erklärte einer der Mitfahrenden, daß er in einer Stunde erschossen würde. Gegen 1 Uhr nachts hielt der Kraftwagen, und Georg wurde in einen dunklen Keller gebracht. Im Laufe des Mittwoch wurde ihm von einem seiner unbekannten Wächter erklärt, er sei einer Verwechslung zum Opfer gefallen.

Erst gegen 23.30 Uhr am Mittwoch wurde er mit verdeckten Augen fortgeschafft und mehrere Stunden umherfahren, wobei den größten Teil der Zeit über Motorräder und andere Kraftwagen den Wagen begleiteten. In der Nacht zum Donnerstag um 2.30 Uhr wurde Georg in einem Walde der Lehniger Heide ausgesetzt. Es gelang Georg, gegen 3.30 Uhr früh die Ortschaft Lehnig zu erreichen und von dort aus seine Familie zu benachrichtigen.

Die Belohnung von 1000 Reichsmark zahlen wir an denjenigen, bzw. anteilig an diejenigen, die sachdienliche Mitteilungen über die an der Entführung beteiligten Kreise oder Einzelpersonen machen. Über die Verteilung der Be-

lohnung entscheidet unter Ausschluß des Rechtsweges das geschäftsführende Vorstandsmitglied der Deutschnationalen Volkspartei.“

Ein bezeichter Franzose wird verhaftet!

Nach einer Havas-Meldung aus Berlin soll der französische Botschafter in Berlin, François-Poncet Anweisungen erhalten haben, bei der Reichsregierung gegen die in Trier erfolgte Verhaftung des französischen Staatsangehörigen Smirnoff zu protestieren. Der Verhaftete habe sich trotz seines Protests nicht mit dem französischen Konsul in Trier in Verbindung setzen können.

Zu dem französischen Protest wegen der Verhaftung des französischen Staatsangehörigen Smirnoff erfährt das offizielle deutsche Conti-Bureau, daß die Meldung über den Vorfall in der von Havas geschilderten Form nicht den Tatsachen entspricht.

Smirnoff befand sich in der Nacht zum 18. April in einer Wirtschaft auf der Paulin-Straße, wo er in stark angetrunkenem Zustand die Gäste belästigt und verdächtige Reden geführt haben soll. Daraufhin wurde von den anwesenden Gästen die Polizei benachrichtigt. Von der Polizei wurde er nach Feststellung seiner Personalien trotz seines angetrunkenen Zustands wieder entlassen, mußte jedoch bald darauf durch einen anderen Polizeibeamten, dem er auf der Straße begegnete, erneut festgenommen werden, da er in seinem angetrunkenen Zustand wiederum die Passanten belästigte. Smirnoff wurde wieder zur Polizeiwache gebracht und vorläufig in Schüßhaft genommen, aus der er am 18. April gegen mittag nach Abschluß der wegen seiner verdächtigen Äußerungen angestellten Ermittlungen entlassen wurde.

* Orden zur Freundschaft.

Ebenso wie die beiden anderen Altpreußischen Großlogen hat auch die Große Loge von Preußen genannt „Zur Freundschaft“ die Freimaurerreihe und jede Verbindung mit anderen Freimaurerlogen aufgegeben. Sie hat sich umgewandelt in einen „Deutsch-christlichen Orden zur Freundschaft“. Mitglieder können nur Männer arischer Abstammung sein; Juden und Marxisten sind ausgeschlossen. Ein Gelübde der Verschwiegenheit gibt es nicht mehr.

Wer wird Staatspräsident?

Die Kandidatenfrage noch nicht entschieden.

Nach der am Sonntag erfolgten Rückkehr des Marschalls Piłsudski, des Ministerpräsidenten Prystor und des Ministers Beck aus Wilna, sowie nach den in Wilna abgehaltenen Beratungen wird in Warschauer politischen Kreisen bestätigt, daß endgültige Entscheidungen in der Frage der Kandidatur für die Präsidentenwahlen bis zur Stunde noch nicht getroffen worden sind. Jetzt scheint wieder die Kandidatur des Ministerpräsidenten Prystor im Vordergrund zu stehen, und es heißt, daß im Falle seiner Wahl der Außenminister Beck Ministerpräsident werden würde.

Man spricht auch davon, daß der neue Präsident nur für zwei Jahre gewählt werden soll, d. h. bis zu der Zeit, da die Verfassungsänderung beschlossen wird, durch welche die Macht des Staatsoberhauptes eine Stärkung erfahren soll. Die Sejmehrheit ist immer noch der Hoffnung, daß es ihr gelingen dürfte, im Sejm eine qualifizierte Mehrheit zu erlangen, die zur Durchführung der Verfassungsänderung notwendig ist. Augenblicklich versucht nur der Senat über eine solche regierungsfreundliche Mehrheit, im Sejm dagegen fehlen dazu noch eine ganze Anzahl von Stimmen.

In der Politik herrscht jetzt vollkommene Stille. Eine Sitzung des Ministerrats soll erst Ende dieser Woche abgehalten werden. Als charakteristisch wird die Tatsache bezeichnet, daß im „Dziennik Ustaw“ selbst die wichtigeren während der letzten parlamentarischen Session beschlossenen Gesetze bisher noch nicht veröffentlicht worden sind. U. a. handelt es sich um das Gesetz über die Vollmachten für die Regierung, um das Hochschulgesetz, das Selbstverwaltungsgebot, das Gesetz über die Zusammenlegung der Versicherungen u. a. m.

Eine politische Amnestie in Sicht?

In Warschauer politischen Kreisen ist das Gerücht im Umlauf, daß unverzüglich nach der Wahl des neuen Präsidenten der Republik die Bekanntgabe einer Amnestie-Verordnung vorgesehen sei, die auf Grund des Gesetzes über die Vollmachten erlassen werden soll. Die Amnestie soll allen wegen politischer Vergehen Verurteilten, mit Ausnahme der Kommunisten, zugute kommen. Auf diese Weise würde auch den ehemaligen Brester Häftlingen die Strafe geschenkt werden, deren Kassationsverhandlung am 9. Mai vor dem Obersten Gericht stattfinden wird.

Vorgeschenkt ist ferner die Demission der gesamten Regierung. Der neue Präsident der Republik wird dann entweder eine neue Regierung berufen oder die gegenwärtige Regierung bestätigen. Sollte, so heißt es in politischen Kreisen, zum Staatspräsidenten abermals Professor Mosicki gewählt werden, so dürfte zum stellvertretenden Ministerpräsidenten der ehemalige Minister für Industrie und Handel, Ingenieur Kwiatkowski ernannt werden.

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein; anonyme Anfragen werden gründlichlich beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsquittung beigelegt. Auf dem Kuvert ist der Begriff „Briefkasten-Sache“ anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

M. 10. 1. Wenn eine Eintragung erforderlich ist, dann kann sie nur auf der Grundlage des Vergleichs mit Ihrer Mutter erfolgen. Der Schulnarr kann eine Eintragung der Binsenkung auf 6 Prozent nicht fordern, er braucht diese Eintragung aber auch nicht, da er durch das Gesetz über die Binsenkung hinreichend geschützt ist. Auf Grund dieses Gesetzes braucht er trotz der Eintragung der 10 Prozent gemäß dem Vergleich nicht mehr als 6 Prozent zu zahlen. 2. Wenn Ihre Forderung hypothetisch gesichert ist und vor dem 1. Juli 1932 entstanden ist, fällt sie gleichfalls unter das Binsenkungsgesetz.

Rapp. Das Schiedsamt kann die Zahlungstermine auch für bereits fälligen Zahlungen hinauszögern, aber nur auf eine Zeit, die 3 Jahre nicht übersteigt. Das bedeutet, daß der Beschluss des Schiedsamts auch eine Binsenksteigerung unmöglich macht. Gegen die Entscheidung des Schiedsamts können Sie innerhalb zweier Wochen beim Sąd Grodzki Einspruch erheben. Wenn zur Zeit der Eintragung der Schuld zu dem Grundstück noch Wiesen gehören, so haften diese auch heute noch für die Hypothek mit, wenn Sie als Gläubiger sie nicht von dieser Haftung befreit haben.

A. H. in G. Wenn der Mieter mit zwei auf einander folgenden Mietsraten im Rückstand ist, können Sie ihn auf Ermission verklagen. Ohne gerichtliches Urteil können Sie ihm nicht den Beitritt zu seinem Lager verwehren und können ihn auch nicht ermitteln. Bei der Ermission können Sie ihm Wertgegenstände zur Deckung Ihrer Mietsforderung einbehalten.

„Auskunst.“ Ihre Hypothek fällt unter das neue Binsenkungsgesetz. Der höchste zulässige Binsatz ist 6 Prozent.

„Maijöchken Nr. 101.“ Der Käufer des Grundstücks kann für die Forderung des Stiefvaters der Verkäuferin nicht in Anspruch genommen werden, zumal diese Forderung, die ja noch strittig ist, im Grundbuch nicht eingetragen ist. Aber selbst wenn sie eingetragen wäre, was aber nicht der Fall ist, könnte der Käufer im Kaufvertrag die Verantwortung wenigstens für den persönlichen Teil dieser Forderung ablehnen. Ob der Stiefvater auf den eingeforderten Betrag in der angegebenen Höhe Anspruch hat, wissen wir natürlich nicht, aber da er im Testament seiner verstorbenen Frau überhaupt nicht bedacht ist, hat er Anspruch auf den Pflichtteil, d. h. auf die Hälfte dessen, was ihm gelegentlich aufsteht, wenn seine Frau kein Testament hinterlassen hätte. Sein geistliches Erbe wäre gewissen ein Viertel des Nachlasses seiner Frau, während die beiden Töchter drei Viertel davon erbten. Sein Pflichtteil beträgt demnach ein Achtel des fraglichen Nachlasses. Diesen Pflichtteil kann er nur von den Erben verlangen, ganz gleichgültig, ob sie noch im Besitz des Grundstücks sind oder nicht. Der Käufer des Grundstücks bleibt dabei ganz außer Betracht, ihm droht gar keine Gefahr.

Rundfunk-Programm.

Freitag, den 28. April.

Königs Wusterhausen.

06.35—08.00: Von Berlin: Konzert. 09.00: Schulfunk. Berliner Licht leuchtet in der ganzen Welt. 10.10: Schulfunk: Heinz Burau: Auf Schneeschuhen von Oslo zum Nordkap. 12.00 ca.: Eine Paul-Linde-Stunde (Schallplatten). 14.00: Von Berlin: Konzert. 15.00: Jungmädchenstunde. 15.45: Anderen: Bilderbuch ohne Bilder. 16.00: Pädagogischer Funf. 16.30: Von Leipzig: Konzert. 17.10: Zeitdienst. 17.30: Dr. Johannes Günther: Deutsch für Deutsche. 18.00: Das Gedicht. 18.05: Hauskonzert. 18.30: Dr. med. Conti: Rajenhygienische Politik. 18.50: Wetter. Anschr.: Kurzbericht des Drahtlosen Dienstes. 19.00: Stunde der Nation. Von Deutscher Landesender: Wir rufen auf zum 1. Mai. 20.00: Von Washington: Kurt G. Sell: Worüber man in Amerika spricht. 20.15: Von Mühlacker: „Der Freischütz“. 22.15: Nachrichten, Sport. 22.45: Von Wiesbaden: Gewitterbericht. 23.00—24.00: Von Frankfurt: Zeitgenössische Komponisten.

Breslau-Gleiwitz.

06.35: Konzert. 11.30 ca.: Von Hamburg: Konzert. 13.05 ca.: Schallplatten. 14.05: Richard Strauss (Schallplatten). 15.40: Jugendfunk. 16.10: Das Buch des Tages. 16.30: Von Leipzig: Konzert. 18.05: Zeitdienst. 19.00: Stunde der Nation. Von Deutscher Landesender: Wir rufen auf zum 1. Mai. 20.00: Unterhaltungskonzert. 21.00: Das Läuten von Heilbronn. Schauspiel von Heinrich von Kleist. 22.50—24.00: Von Berlin: Tanzmusik.

Königsberg-Danzig.

06.35: Schallplatten. 11.30: Von Hamburg: Konzert. 13.05: Schallplatten. 15.30: Kinderfunk. 16.00: Frauenstunde. 16.30: Unterhaltungsmusik. 18.25: Eine Frühlingsfahrt in Niedern. 19.00: Stunde der Nation. Von Deutscher Landesender: Wir rufen auf zum 1. Mai. 20.00: Emil Mayhew-Stunde (Villa Mayhew-Gmeiner, Berlin, Alt.). 21.10: Orchesterkonzert. Leipziger Sinfonieorchester. 22.30: Kurt G. Sell: Worüber man in Amerika spricht.

Warschau.

12.10—13.20: Schallplatten. 15.50: Schallplatten. 17.00: Konzert des Polizeiorchesters. 18.25: Leichte Musik. 20.15: A. d. Philharmonie: Sinfoniekonzert. Dir.: Witold Gilewski, Solist: Orlow, Klavier. 23.00: Von Krakau: Tanzmusik.

Graudenz.

Haus- u. Grundbesitzerverein, Grudziądz

Am Freitag, dem 28. d. Mts., um 7^h, Uhr

im Saale des Goldenen Löwen

Deutsche Bühne

Grudziądz G. B.

Schluder Spielzeit.

Sonntag, den 30. 4. 33

um 15 Uhr

für die

Mitglieder d. Deutschen

Bühne und Gemeinde-

haus-Verwaltung

Bereins-Vertretung

„Frauen haben

das gern.“

Schwänz - Operette in

3 Akten v. Franz Arnold

und Ernst Bach,

Musik v. Walter Kollo.

Gesangsteile

von Rudeamus.

Einheitlicher Preis auf

allen Plätzen zu 2,20

einl. Steuer. Die

Mitglieder der Deut-

schen Bühne und der

Gemeindehaus-Ver-

waltung erhalten in

unserem Geschäftszimmer

eine kostenloste Ein-

trittskarte nach ihrer

Wahl; jede weitere

Karte zu 2,20.

Zu dieser letzten Au-

führung des wirtungs-

vollen Stüdes haben

auch Nichtmitglieder

Beitritt.

Die Reform der Evangelischen Kirche im Reich.

Der Kirchenkonflikt in Mecklenburg

soll beigelegt werden.

Aus Schwerin wird der „Berl. Montagspost“ gemeldet:

Die zwischen dem Ministerium und dem Oberkirchenrat der Landeskirche geführten Verhandlungen haben im wesentlichen ergeben, daß die Angelegenheit bis Donnerstag dieser Woche noch in der Schwebe hängen soll. Der Stabskommissar der Landeskirche, der hamburgische Kirchenrechtler Bohm, wird bis zu diesem Tage nicht in Tätigkeit treten. Bis Donnerstag wird aller Voraussicht nach eine für beide Teile befriedigende Lösung zustandekommen.

Die Staatsregierung und besonders Staatspräsident Granzow, der die Einsetzung des Staatskommisssars verfügt hat, wollen vor allem die Entscheidung der Reichsregierung abwarten, mit der in kürzester Frist zu rechnen ist. Weiter wird man wohl auch das Ergebnis der mit Spannung erwarteten Dienstag-Verhandlungen des Deutsch-Evangelischen Kirchenausschusses berücksichtigen (der gleichfalls gegen den Eingriff des Ministerpräsidenten Granzow bei Reichspräsident und Reichskanzler Verwahrung eingelegt hat).

In hiesigen führenden kirchlichen Kreisen betrachtet man die Entwicklung deshalb besonders zuversichtlich, weil hier bekannt geworden ist, daß der Reichskanzler Adolf Hitler am Dienstag den Präsidenten des Deutsch-Evangelischen Kirchenbundamtes D. Dr. Kapler, empfangen wird.

Die Pastoren aller Rostocker Kirchen verlassen am Sonntag von den Kanzeln folgende Erklärung: „Die Presse-nachrichten über die Einsetzung eines Staatskommisssars für die mecklenburgische Landeskirche sind unvollständig. Der Oberkirchenrat ist bisher nicht von seinem Amt zurückgetreten, noch denkt er in Zukunft, das zu tun. Wir warten die Entscheidung der Reichsregierung ab, die vom Landesbischof telegraphisch erbeten worden ist. Wir halten den Versuch eines gewaltfamen Eingriffs in die Kirche für verhängnisvoll. Er widerstreitet der Aufgabe der Kirche, in Freiheit die Ewigkeitsbotschaft zu verkünden, er widerstellt auch der feierlichen Zusicherung des Reichskanzlers vom 21. März, in welcher dieser die Selbständigkeit der Kirche gewährleistet. Wir befennen uns zu dem Schrift unseres Landesbischofs und rufen die Gemeinden auf, die Not der Kirche im Gebet vor Gott zu bringen.“ *

Im Zusammenhang mit diesen Vorgängen wird auf einen Artikel verwiesen, der dieser Tage in der „Nationalsozialistischen Zeitung Mecklenburgs“ erschienen ist unter der Überschrift: „Bauern, erobert die Kirchen“. In diesem Artikel heißt es: „Die evangelischen Landeskirchen sind von Menschen gegründet, sie sind lediglich Organisationen, deren Zweckmäßigkeit und Ehrenwert ist, die Wahrnehmung des Predigtamtes neben der daran hängenden Sakramentsverwaltung und Seelsorge durch die verusenen Diener der Kirche sicherzustellen. Wir wollen aber, daß die Männer der nationalen Revolution, soweit sie dem evangelischen Glaubensangehörigen, als Angehörige des Kirchenvolkes und in dessen Auftrage das Kirchenregiment übernehmen und es gleichschalten der revolutionären Regierung in Staat und Reich. Darum ergeht unser Ruf an das Landvolk: Bauern, erobert die Kirchen, denn es besteht die Gefahr, daß die Reaktion sich im Kirchenregiment festsetzt, genau so, wie das Kirchenregiment bisher mit den von uns niedergeschlagenen Regierungen der Liberalen und der Gottlosen verbündet hat.“

Die „Kreuz-Zeitung“ zeigt sich gleichfalls überrascht, daß dieser Eingriff gerade in dem Gebiet des Landesbischofs D. Nendorff erfolgte, eines Mannes, der seit Jahren das Vertrauen aller nationalen Kreise besitzt und im Sinne der nationalen Bewegung seit langem arbeitet. „Es steht fest, daß die Reichsleitung der „Deutschen Christen“ gerade Landesbischof D. Nendorff sehr schätzt: der Propagandaleiter dieser Bewegung legte noch kürzlich in einer Besprechung Wert auf die Feststellung, daß er Nendorff gerne in seinen Reihen sehen würde.“

Das konservative Blatt, das jetzt ein Organ des „Stahlhelm“ ist, schreibt dann weiter:

Grundsätzlich ist zu sagen, daß der Eingriff außerordentlich bedauerlich und schwerwiegend ist, weil er einmal den Reichskanzler in eine schwierige Lage gegenüber seiner Reichstagserklärung bringt, zum zweiten aber vollkommen das Wesen einer Kirche verkennt. Es soll auch nicht übersehen werden, daß diese Aktion sich gegen eine evangelische Landeskirche richtet: man bedenke, daß die Achtung der Unabhängigkeit der katholischen Kirche in evangelischen Kreisen eine Stimmung schafft, die der inneren Harmonie des neuen Staates sehr abträglich sein könnte.

Bei dieser Sachlage ist ein schnelles Handeln der Kirchenführung dringendes Gebot. Der Kirchensenat der Altpreußischen Union hat einen kleinen Ausschuß eingesetzt, der zusammen mit D. Weichert, einem Mitglied der Reichsleitung der „Deutschen Christen“, und dem Missionärdirektor Jeppe die Verfassungsfragen klären soll. Die sechs Mitglieder des Kirchensenats, die dem Ausschuß angehören, sind: Präsident D. Dr. Kapler, der Vorsitzende des Kirchensenats D. Winkler, Generalsuperintendent D. Karow-Berlin, Senatspräsident Preiser-Berlin, Präses D. Koch-Deynhausen, von Arnim-Kröchlendorff. Entscheidend ist hier, daß Präsident Kapler die Vollmacht erhalten hat, zu den Beratungen Männer heranzuziehen, die keinen kirchlichen Körperschaften angehören.

„Wir können uns des Eindrucks nicht erwehren“ — heißt es in der „Kreuz-Ztg.“ zum Schluß — „daß der Ausschuß der Altpreußischen Kirche zu einseitig deutsch-national zusammengesetzt ist, was einer allseitig befriedigenden Lösung nicht förderlich ist. Wir hoffen, daß der Deutsch-Evangelische Kirchenausschuß am Dienstag Männer heraustrahlt, die Anspruch auf das Vertrauen des ganzen Volkes haben und die Gewähr tatkräftigen Eingreifens bieten. Zu diesen Männern dürfte neben dem in der Sozialarbeit sehr verdienten und allseitig anerkannten Hauptpastor D. Dr. Schöppel-Hamburg auch der mecklenburgische Landesbischof D. Nendorff gehören.“ *

Bündische Deutsche Evangelische Kirche.

Von maßgebender kirchlicher Seite ergeht folgende Mitteilung (die wir bereits gestern kurz gebracht haben):

„Die Stunde gebietet, unverzüglich eine Reform der Verfassung des deutschen Protestantismus einzuleiten. Das Ziel der Reform ist die Bündische Deutsche Evangelische Kirche, errichtet auf der Grundlage und unter voller Wahrung des Bekenntnisses.“

Aus lebenskräftigen Landeskirchen erwachsen, soll sie alle Vollmachten erhalten, deren sie zur Pflege des gesamten deutschen evangelisch-kirchlichen Lebens und seiner Beziehung zu Volk und Staat im In- und Auslande bedarf. Zu diesem Werk hat der Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchen-Bundes, D. Dr. Kapler, je einen führenden lutherischen und reformierten Theologen an seine Seite berufen, und zwar den Landesbischof D. Mahrarens aus Hannover und den Studiendirektor Pastor D. Hesse aus Elberfeld. Ferner werden hierfür als Berater sonstige durch ihr kirchliches Amt oder ihre Arbeit in der kirchlichen Bewegung ausgezeichnete Persönlichkeiten und besondere Sachverständige beigezogen werden. In Gemeinschaft mit ihnen wird alsbald eine neue Verfassung des deutschen Protestantismus ausgearbeitet.“

Dieser neue Ausschuß des Deutsch-Evangelischen Kirchenbundes (der schon immer ein Verweser der Reichskirche war) ist nicht zu verwechseln mit dem neu gebildeten Reformausschuß der Evangelischen Kirche der Altpreußischen Union, die das bedeutendste Mitglied des Deutsch-Evangelischen Kirchenbundes darstellt. Beiden Ausschüssen gehört D. Dr. Kapler als Vorsitzender an.

Die Altdeutsche Kirche in Polen hat naturngemäß das größte Interesse daran, daß bei dem Zusammenschluß zur „Bündischen Deutschen Evangelischen Kirche“ die Union erhalten bleibt, die übrigens — verfassungsmäßig — das beste Vorbild für den neuen Kirchenbund abgeben sollte. *

Ein neuer Kampfruf der „Deutschen Christen“.

Nachdem der am Freitag in Berlin zusammengetretene Kirchensenat die Bitte der Reichsleitung der Glaubensbewegung „Deutsche Christen“ zu den Beratungen zwei Beobachter dieser Bewegung hinzuzuziehen, abgelehnt und erst nach dieser ersten internen Fühlungnahme einen Verfassungsausschuß auf breitestem Grundlage (unter hervorragender Beteiligung der „Deutschen Christen“) gebildet hat, erläßt Pfarrer Hössenfelder namens der Reichsleitung der Glaubensbewegung „Deutsche Christen“ einen neuen Aufruf, in dem es u. a. heißt:

„Wir Deutschen Christen erheben den Anspruch, obwohl unsere Glaubensbewegung etwas anderes ist als die Erweckungswogen früherer Zeiten, eine Bewegung von obenher zu sein. Jetzt kommt es darauf an, daß das gesamte evangelische Kirchenvolk diesem unüberhörbaren Gottesruf Gehorsam schenkt. Darum, Deutsche Christen, klärt auf, sagt es von Mund zu Mund, was wir wollen. Treibt jetzt die Bewegung dem endgültigen Ziel zu. Gott ist mit uns. Unsere Reichstagung war die Mobilmachung. Sie hat im ganzen Lande und weit über die Grenzen Deutschlands hinaus wie ein Sturm gewirkt. Die Feinde des Dritten Reiches verstecken sich hinter die Kirche. Wir sehen ihnen ein gläubiges „Dennoch“ entgegen. Ohne unsere Glaubensbewegung bleibt die Neuordnung der Kirche ein Projekt in der Schublade. Die kirchlichen Fragen in Deutschland können nicht ohne und noch weniger gegen das erwachte Volk gelöst werden.“

„Die Glaubensbewegung „Deutsche Christen“ steht in Lehre und Verkündung zum Glaubensbekenntnis der Väter lutherischer und reformierter Prägung. Die Glaubensbewegung wird aber nie und nimmer zulassen, daß das Kirchenvolk mit dem theologischen Streit vergangener Jahrhunderte „um die reine Lehre“ oder mit den Verirrungen unbiblischer Romantik unserer Tage belastet wird. Wir wollen nicht, daß die Kirche mit ihren Behörden und Untern zu tut, als könne sie sich dem Schicksal ihres Volkes entziehen.“

„Deutsche Volks- und Glaubensgenossen! Die Stunde ist da, dem herrlichen Reich Adolf Hitler die Kirche des Evangeliums zu geben, die das deutsche Volk geliebt hat und vom deutschen Volk geliebt wird. Gott segne unser Kampf!“ *

Die Berliner „Tägl. Rundschau“ schreibt:

Das nächste Kirchenpolitische Ziel, das die Berliner Reichsleitung der Deutschen Christen verfolgt, ist, wie wir zuverlässig erfahren, folgendes: Zunächst wird erklärt, daß D. Weichert, der Vertreter der Äußersten Mission, der Mitglied der Reichsleitung ist, von D. Kapler über den Kopf des P. Hössenfelder hinweg in den Reformausschuß berufen sei und daß Weichert, wenn er überhaupt dort bleibe, nur die Äußere Mission vertrete. Für Nationalsozialisten sei es untragbar, daß man den Führer übergehe!

Die Reichsleitung der Deutschen Christen werde aber dennoch an dem Reformausschuß der Altpreußischen Union mitarbeiten, wenn der Oberkirchenrat die Stärke der Bewegung anerkenne. Hinter den jetzigen Kirchenbehörden stünden allenfalls an Kirchenvolk die Anhänger der ehemaligen Demokratischen Partei, der DP, der DNVP und des Christlichen Volksdienstes. Die Reichsleitung könne daher eigentlich 80 Prozent des Kirchenvolkes (?) vertreten, sie müsse aber unter allen Umständen die 51 Prozent Mehrheit fordern. D. Kapler habe fest die Vollmachten; er könne, wenn er wolle, teilt „ohne Rechtsbruch und ohne daß Blut fließt oder Köpfe rollen“ auf legalem Wege die Führung den Deutschen Christen übertragen, er könne in den Reformausschuß zu den bisherigen sechs Mitgliedern acht Vertreter der Reichsleitung der Deutschen Christen hinzuwählen. Dann sei die Revolution noch aufzuhalten. Dann werde auch Adolf Hitler dafür sorgen, daß die Kirche Frieden habe. Dann werde der ganze Parteapparat hinter der Kirche stehen und sie gegen ihre Feinde schützen. Verweigere man die Führung, so sei die Kirchenbehörde nichts anderes als die letzte Position der Reaktion und müsse sich auf schärfsten Kampf gefaßt machen.“

Die „Tägl. Rundschau“ schreibt dann weiter: „Wir enthalten uns jeden Kommentars zu dieser Nachricht. Wir vertheidigen uns gegen alle Vorwürfe, unsere evangelische Kirche durch falsche Meldungen in Verwirrung gebracht zu

Nervenleidenden und Gemütskranken schafft das überaus milde, natürliche „Franz-Josef“-Bitterwasser regelmäßigen Stuhlgang, gute Verdauung und erhöhte Eßlust. Arztlich bestens empfohlen.“

haben. Wir tun unsere Pflicht und halten die Augen offen und rufen es heraus, was sich begibt, solange sich unsere Kirchenführer und die Christen draußen im Lande die Ohren und die Augen zustopfen. Möge nie die Stunde kommen, wo wir alle ohne den Rechtsschutz von Staatsverträgen und Kanzlerworten für den Glauben gleichsam im freien Felde, jeder für sich allein kämpfen müssen!“

Rundschau des Staatsbürgers.

Urlaubsfragen.

Im Dziennik Ustaw Nr. 27 vom 19. April wird eine Novelle zum Urlaubsgesetz vom 16. Mai 1922 veröffentlicht, deren wichtigste Bestimmungen die folgenden sind:

Im Art. 2 des Gesetzes vom 16. 5. 1922 ist bestimmt, daß Arbeitnehmern, die in einem Handels- oder gewerblichen Unternehmen ohne Unterbrechung ein Jahr beschäftigt waren, ein bezahlter Urlaub von 8 Tagen, und wenn die Beschäftigung ohne Unterbrechung in dem fraglichen Unternehmen drei Jahre betrug, ein Urlaub von 15 Tagen anzusteht. Durch die Novelle wird dieser Bestimmung ein neuer Absatz hinzugefügt, der wie folgt lautet:

„Unter den Urlaubstage sind zu verstehen die hintereinander folgenden Kalendertage, angefangen von dem letzten Arbeitstage.“

Der erste Absatz des Art. 4 des Gesetzes vom Mai 1922 hat durch die Novelle einen anderen Wortlaut erhalten, der aber lediglich einen redaktionellen Charakter hat.

Der Art. 6 des Gesetzes vom Jahre 1922 ist durch die Novelle sachlich weitgehend abgeändert worden. Er lautet in der neuen Fassung wie folgt:

„In Fällen staatlicher oder wirtschaftlicher Notwendigkeit kann der Minister für öffentliche Fürsorge im Einvernehmen mit dem Minister für Handel und Gewerbe durch Verordnungen, die nach Einholung von Gutachten der Handelskammern und der Berufsorganisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu erlassen sind, die Ausführung der Vorschriften dieses Gesetzes für eine bestimmte Zeit, die aber nicht länger als ein Kalenderjahr betragen darf, suspendieren, oder Ausnahmen von den Vorschriften des Art. 5 Absatz 3 festsetzen.“

„Diese Verordnungen können besondere Zweige der Arbeit oder besondere Kategorien von Arbeitsanlagen auf dem ganzen Staatsgebiet oder in besonderen Verwaltungsbezirken betreffen.“

Der vorstehend angezogene Absatz 3 des Art. 5 des Gesetzes betrifft die Art, wie in großen Betrieben die Urlaubsverteilung zu erfolgen hat.

Im letzten Artikel (4) der Novelle wird bestimmt, daß dieses Gesetz am 1. Januar 1934 in Kraft tritt, in der schlesischen Wojewodschaft aber erst nach Verabschiedung durch den schlesischen Sejm.

Mit Rücksicht auf die bald beginnende Urlaubsperiode — in den großen Betrieben sollen nach Art. 5 des Gesetzes vom 16. Mai bis Ende September mindestens 50 Prozent der Urlaube bereits erledigt sein — dürfte es angezeigt sein, die wichtigsten Bestimmungen des gelgenden Urlaubsgesetzes in Erinnerung zu bringen. Vorausgeschickt muß aber werden, daß das Gesetz nur den Urlaub in den gewerblichen und kaufmännischen Betrieben regelt.

Wie schon weiter oben erwähnt, haben Arbeitnehmer, die ohne Unterbrechung in einem und demselben Betrieb ein Jahr beschäftigt sind, auf einen bezahlten Urlaub von 8 Tagen Anspruch, und wenn sie drei Jahre in demselben Betrieb tätig sind, auf einen Urlaub von 15 Tagen. Jugendliche Arbeiter, unter 18 Jahren, erhalten schon nach einem Jahre einen Urlaub von 14 Tagen. Auf denselben Urlaub haben Anspruch die Lehrlinge.

Auf Handwerksbetriebe, die nur vier oder weniger Arbeiter beschäftigen, finden die Bestimmungen des Gesetzes keine Anwendung. Wenn aber in diesen Betrieben die Heraushebung der Arbeiterziffer auf 4 und weniger nur zeitweilig erfolgt, und wenn im Laufe der größeren Hälfte des vorhergehenden Jahres die Arbeiterziffer mehr als 4 betrug, so haben die dort beschäftigten Arbeiter auf Urlaub Anspruch. Die in einem solchen Handwerksbetrieb beschäftigten Lehrlinge (Terminator i uozniowie) haben nach einem Jahre auf einen 14 tägigen Urlaub Anspruch, auch wenn die Arbeiterzahl vier nicht übersteigt.

Geistige Arbeiter haben schon nach halbjährlicher Tätigkeit Anspruch auf einen 14 tägigen Urlaub und nach einem Jahre auf einen solchen von einem Monat. Haben sie nach einem halben Jahre von ihrem Recht Gebrauch gemacht, so haben sie im zweiten Halbjahr nur noch 14 Tage Urlaub zu beanspruchen.

Der § 8 der Ausführungsverordnung vom 11. 3. 25 zu dem Urlaubsgesetz besagt:

„Wenn die Arbeitszeit, auf Grund deren der Arbeiter Anspruch auf Urlaub hat, im Laufe des Kalenderjahres zu Ende geht, so muß der Unternehmer auf Wunsch des Arbeiters diesem den ihm auf Grund des Gesetzes zu stehenden Urlaub nach Ablauf dieser Zeit erteilen. Dieser Urlaub muß indessen vor Schluss des Kalenderjahres beginnen.“

Diese Bestimmung des § 8, die an sich klar ist, findet aber eine sehr verschiedene Auslegung. Nach dem Wortlaut dieses Paragraphen hat der Arbeiter „auf den ihm zu stehenden Urlaub“ Anspruch. Was dem Arbeiter zusteht, ist weiter oben im einzelnen dargelegt: nämlich dem nicht geistig beschäftigten Arbeiter nach Ablauf eines Jahres ein Urlaub von 8 Tagen, nach Ablauf des zweiten Jahres ein ebenso langer, und vom dritten Jahre ab alljährlich für die gleiche Zeit ein Urlaub von 15 Tagen. Und dem geistigen Arbeiter: nach Ablauf eines halben Jahres ein zweiwöchiger Urlaub, und falls nach einem halben Jahre von diesem Recht kein Gebrauch gemacht wurde, nach einem Jahre ein Urlaub von einem Monat.

Auch die Gerichte scheinen die Bestimmungen des genannten Paragraphen nicht einheitlich auszulegen. Wie uns mitgeteilt wird, legt das hiesige Gericht diese Bestimmung weitgehend zugunsten des Arbeitnehmers aus.

Birtschaftliche Rundschau.

Der Getreidemarkt der Woche.

Die Befestigung auf dem amerikanischen Getreidemarkt konnte sich weiter durchführen. Die Steigerung betrug im Laufe der Woche teilweise bis zu 10 Cents. Wenn auch vielfach angenommen wird, daß die Steigerung auf Grund der Währungsversuche erfolgt sei, so muß doch immer wieder betont werden, daß die Verbesserung der Preise auch ohne diese erfolgt wäre, weil die Aussichten der Winterweizenreuter weiter so schlecht wie möglich sind. Für den wichtigsten Winterweizenstaat nämlich Kanada werden von privater Seite Schätzungen von 40 Millionen Bushel abgegeben gegen 110 vor einem Jahre und 240 vor 2 Jahren. Ähnlich soll es in Texas und Nebraska sein. Die Steigerung der Preise in den Vereinigten Staaten, gleich ob sie zunächst nur volatilische oder statistische Ursache hat, wird für den Weltmarkt vorläufig nur von lokaler Bedeutung bleiben, da Winnipeg im Gegenzug zu Chicago der amerikanischen Hauptsitz zunächst nicht folgen wird. Eine weitere Möglichkeit der Hauptsitz in Kanada und Argentinien wäre gegeben, wenn Europa als Käufer auftrete. Wenn dieses eintreten sollte, dann nur aus dem Grunde, weil mit einer Ausdehnung des amerikanischen Währungsversuches auf einige europäische Länder gerechnet wird.

In Europa war das Weizengeschäft groß. Es wird sich hierbei nicht in erster Linie um Haupte des Konsums handeln haben, sondern vor allen Dingen wird die Furcht einer europäischen Anpassung an die amerikanische Valuta eine treibende Kraft gewesen sein.

In Deutschland hat die Nachfrage der Mühlen weiter angedauert. Die befestigende Tendenz konnte sich weiter fortsetzen. In Russland scheint die Alterfrage im Moment im Mittelpunkt aller Unregelmäßigkeiten zu stehen. Die Frühjahrsausaat soll vielfach nicht in geeigneter Weise durchgeführt werden können, so daß für das Saisonjahr des diesjährigen Ernte die ernstesten Befürchtungen gehegt werden.

Der Inlandsmarkt konnte für Weizen ebenfalls eine Besserung erfahren. Gegen Ende der Woche machte sich eine gewisse Besserung bemerkbar, da die Mühlen bei den immerhin hohen Preisen und den teilweise großen Mehlsorten sich nur schwer entschließen können, Baren vorzubereiten. Das Angebot wurde auch etwas größer. Ob die vielfach aufgetretenen starken Nachfragen von besonderer Bedeutung für die Entwicklung der Frühjahrsstaaten sind, muß dahingestellt bleiben. Doch ist dies ein Faktor, der bestimmt die Zurückhaltung einiger Produzenten beeinflusst haben wird. Wenn noch vor der neuen Ernte eine Besserung eintreten kann, dann nur in circa 4-5 Wochen, wenn die Frühjahrsstaaten besser zu übersehen sein werden und in der Zwischenzeit der Konsum durch ein verhältnismäßig starkes Angebot wieder aufnahmefähig sein wird. In Argentinien war das Angebot größer. Die Mühlen scheinen das, was sie brauchen, eingekauft zu haben. Die Nachfrage wurde in allen Teilen des Landes wieder sehr zurückgedrängt, so daß die staatlichen Getreidereserven einiges aufnehmen durften. Für Argentinien dürfte vor der Hand wohl kaum mit einer Besserung zu rechnen sein, da zu große Vorräte vorhanden sein sollen. Gerste und Hafer lagen vollständig unverändert; die Preise dürften sich für die nächste Zeit kaum verbessern.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Berichtung im "Monitor Politi" für den 26. April auf 5,9244 Goldt per gedeckt.

Der Zinsatz der Bank Politi beträgt 6%, der Lombard 7%.

Der Zloty am 25. April. Danzig: Überweisung 57,16 bis 57,27, bar 57,16-57,28, Berlin: Überweisung 47,35-47,85, Wien: Überweisung 79,05, Prag: Überweisung 386,00, Zürich: Überweisung 58,00, London: Überweisung 31,00.

Warschauer Börse vom 25. April. Umläufe, Verkauf - Rau, Belgien 124,50-124,81 - 124,19, Belgrad - Budapest - Bulgarie - Danzig - Helsinki - Spanien - Holland 358,60, 359,50 - 357,70, Japan - Konstantinopel - Kopenhagen - London -, 31,08 - 30,78, New York **, 8,00 - 7,92, Oslo - Paris 35,11, 35,20 - 35,02, Praha **, 26,60 - 26,48, Rio - Sofia - Stockholm - Schweiz 172,35, 172,78 - 171,92, Tallinn - Wien - Italien 46,50, 46,73 - 46,27.

London Umläufe 30,95-30,90.

** New York Umläufe 7,95-7,97.

*** Prag Umläufe 26,35-26,53.

Freihandelsturz der Reichsmarkt 206,00.

Berlin, 25. April. Amtl. Devisenturz. New York 3,846-3,854, London 14,76-14,80, Holland 171,53-171,87, Norwegen 75,17-75,53, Schweden 76,02-76,18, Belgien 59,39-59,51, Italien 22,09-22,13, Frankreich 16,76-16,80, Schweiz 82,37-82,53, Prag 12,69-12,71, Wien 45,45-45,55, Danzig 83,12-83,28, Warschau 47,65-47,85.

Die Bank Politi zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 7,90 Zl., do. fl. Scheine - Zl., 1 Bid. Sterling 30,70 Zl., 100 Schweizer Franken 171,67 Zl., 100 franz. Franken 34,97 Zl., 100 deutsche Mark 195,00 Zl., 100 Danziger Gulden 173,72 Zl., tschech. Krone - - Zl., österr. Schilling -- Zl., holländischer Gulden 357,20 Zl.

Produktionsmarkt.

Getreidepreise im In- und Auslande.

Das Büro der Getreide- und Warenbörsen Warschau errechnet die Durchschnittspreise der Hauptgetreidearten für die Zeit vom 17. bis 24. April 1933 wie folgt (für 100 kg in Zloty):

Märkte	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
Inlandsmärkte:				
Warschau	38,62%	20,00	16,37%	15,62
Krakau	37,87%	20,00	-	14,00
Bozen	36,35	17,92	-	11,75
Wemberg	35,33	18,00	19,25	12,92
Lublin	35,04	18,37%	-	13,21
Auslandsmärkte:				
Berlin	41,45	32,91	37,31	26,53
Hamburg	19,26	12,24	-	11,89
Paris	-	-	-	-
Prag	42,37	22,05	21,71	18,35
Brünn	42,50	20,45	19,48	16,90
Danzig	-	-	-	-
Wien	36,82	25,92	24,72	19,18
Liverpool	17,80	-	-	18,17
London	-	-	-	-
New York	22,34	16,11	18,15	14,68
Buenos Aires	19,06	-	-	15,42

Warschau, 25. April. Getreide, Mehl und Futtermittel-Ablösungen auf der Getreide- und Warenbörse für 100 kg. Parität: Wagon Warschau: Roggen 20,00-20,50, Einheitsweizen 19,00 bis 40,00, Sammelweizen 38,00-39,00, Einheitshafer 15,50-16,00, Sammelhafer 14,50-15,00, Grünerhafer 15,50-16,00, Braunerhafer 16,00-16,50, Speisefelderben 21,00-24,00, Vittoriaerben 27,00-31,00, Winterraps 47,00-49,00, Rottflee ohne Flachsleide 9,70-9,75, gerenzt 11,00-11,50, Flachsleide bis 97%, gerenzt 11,00-12,50, roher Weißflee 70,00-90,00, roher Weißflee bis 97%, gerenzt 100,00-125,00, Luxus-Weizemehl 60,00-65,00, Weizemehl 40,50-55,00-60,00, Roggengemehl I 33,00-35,00, Roggengemehl II 25,00, bis 27,00, Roggengemehl III 25,00-27,00, grobe Weizenflocken 10,50-11,50, mittler. 9,50-10,50, Roggengemehl 9,50-10,50, Leinflocken 19,00-20,00, Rapsflocken 14,00-14,50, Sonnenblumenflocken 15,50-16,00, doppelt gerenigte Serradella 10,00-11,00, blaue Lupinen 8,00-8,50, gelbe 11,00-12,00, Belutschken 12,50-13,00, Widen 13,00-13,50. Gesamtumfang 1653 to, davon 457 to Roggen. Tendenz: ruhig.

Getreidenotierungen der Bromberger Industrie- und Handelskammer vom 25. April. (Großhandelspreise für 100 kg.) Weizen 35,0-36,50 Zl., Roggen 16,75-17,00 Zl., Mahlgerste 13,00-13,75 Zl., Braunerhafer - - Zl., Flederben - - Zl., Vittoriaerben 20,00-24,00 Zl., Hafer 11,25-11,75 Zl., Fabrikkartoffeln

Die starke Position, die der Dollar am Sonnabend und Montag behaupten konnte, ist ihm an den Dienstagbörsen im allgemeinen wieder verloren gegangen. Die Kurserhöhung, die das Pfund am Montag gegenüber dem Dollar erfuhr, ist in Warschau gestern überwunden worden. Auch in der Londoner, Pariser und Berliner Börse weist der Pfundkurs seit Dienstag eine systematische Abwärtsbewegung auf. Die Londoner Börse notierte das Pfund für Auslandszahlungen auf Paris mit 88,75, es bröckelte dann auf 88,43 und 88,21 ab. Gegenüber dem Schweizer Frank gab das Pfund von 18,12 auf 17,98 nach, am Nachmittag notierte Paris das Pfund mit 88,70, während die Zürcher Kurse zunächst bei 18,15, bei Schluss der Börse bei 18,05 lagen. An der Warschauer Börse gingen die amtlichen Kursnotierungen für das Pfund von 30,95 auf 30,90 zurück, während es am Montag mit 31,35 notiert worden ist.

Der Dollar hat an den Dienstagbörsen wieder an Boden verloren. Eine Erscheinung, die mit dem relativ günstigen Ergebnis der Washingtoner Besprechungen im Widerspruch zu liegen scheint. Bei den sinkenden Pfundkursen hätte man eine stärkere Position des Dollars erwartet, da zweifellos englische Gegenmaßnahmen für das Sinken des Dollars vorliegen. New York notierte den französischen Frank mit 22,75, Zürich den Dollar mit 4,65-4,64, an der Warschauer Börse notierte New York 8-8,05. Scheidüberweisungen sanken auf 7,95-7,94. Vereinzelt machten sich infolge des starken Kursrückgangs für das englische Pfund Dollarbesitzungen bemerkbar.

Im allgemeinen lagert über den Börsen große Unklarheit. An den Londoner Börsen wurden gestern hartnäckig die Gerüchte über eine silexe Vereinbarung in Washington bezüglich der kommenden Stabilisierung des Pfunds auf der Grundlage von 3,80 zum Dollar verbreitet. Das Organ der Londoner City "Financial Times" und maßgebende Finanzkreise Londons stellten hingegen fest, daß die Washingtoner Besprechungen noch keineswegs so weit fortgeschritten sind, um von einer Pfundstabilisierung sprechen zu können. Man ist hier vielmehr der Meinung, daß in der Frage der Feststellung der Goldparität noch große Schwierigkeiten bevorstehen.

*

Die kanadische Regierung hat gestern amtlich bekanntgegeben, daß sie die Goldparität des kanadischen Dollars aufgebe. Kanada ist somit überraschendweise zu den Ländern ohne Goldstandard übergegangen. In einigen unteren Kreisen hält man diese Maßnahme für einen gesuchten Schlag gegen die Vereinigten Staaten gegen England, da der kanadische Ministerpräsident ebenfalls von Roosevelt zu den Besprechungen in Washington hinzugezogen worden ist. Der Entschluß der kanadischen Regierung, den Goldstandard anzugeben, muß als starkes Signal gegen das Abkommen von Ottawa gewertet werden. Bemerkenswert dabei ist, daß Kanada, obwohl es mit dem englischen Imperium verbunden ist, im September 1931 die Goldparität nicht aufgab. Jetzt scheint es einer Forderung Washingtons nachgegeben zu haben. Der wirtschaftspolitische Zusammenhang zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten kommt darin besonders zum Ausdruck.

Anhaltende Dollarschwäche.

Gefesselter Notenumlauf.

Ausweis der Bank Politi für die zweite Aprildekade.

Aktiva:	20. 4. 33	10. 4. 33
Gold in Barren und Münzen	490 816 298,23	490 718 303,94
Gold in Barren und Münzen im Auslande	93 623 742,33	98 788 198,72
Valuten, Devisen usw.		
a) deutschgängige	—	—
b) andere Silber- und Scheidemünzen	48 391 637,59	48 075 446,93
Wechsel	582 519 530,64	598 286 490,22
Lombardsförderungen	102 919 224,12	103 292 635,17
Effeten für eigene Rechnung	10 991 342,75	11 062 450,23
Effetenreserve	91 459 757,27	91 459 757,27
Schulden des Staatschafes	90 000 000,-	90 000 000,-
Immobilien	20 000 000,-	20 000 000,-
Andere Aktiva	159 661 000,75	159 264 700,9
Passiva:	1 690 682 583,68	1 688 947 982,57
Aktienkapital	150 000 000,-	150 000 000,-
Reervefonds	114 000 000,-	114 000 000,-
Sofort fällige Verpflichtungen:		
a) Giorechnung der Staatskasse	5 962 992,40	2 911 161,20
b) Restliche Giorechnung	145 880 631,35	128 258 961,92
c) Konto für Silbereinkauf	—	—
d) Staatlicher Kreditfonds	—	—
e) Verschiedene Verpflichtungen	25 243 682,65	17 218 677,53
Notenumlauf	989 214 310,-	1 017 966 080,-
Sonderkontos des Staatschafes	260 375 967,28	258 593 101,92
Andere Passiva		
	1 690 682 583,68	1 688 947 982,57

Die letzten Dekaden haben im Status der Bank Politi nur unwesentliche Veränderungen gebracht. Die Bankleitung führt seit dem Übergang zum neuen Deckungsverhältnis eine Zurückhaltung in allen Fragen der Währung, die angesichts der wirtschaftspolitischen Vorgänge außerhalb Polens nur bejaht werden muß. Auch aus psychologischen Erwägungen scheint die Leitung der Bank Politi keineswegs zu jener Krediterweiterung zunächst übergehen zu wollen, die man noch vor wenigen Wochen in der polnischen Öffentlichkeit zur Entlastung der Wirtschaft glaubte. In bezug auf den Notenumlauf versucht die Bank Politi nach wie vor eine Deflationspolitik. So beträgt der Notenumlauf nach dem vorliegenden Ausweis kaum 990 Millionen und ist in der letzten Dekade um 28 Millionen zurückgegangen. Der beträchtliche Scheidemünzenumlauf gibt dem Zahlungsmittelverkehr zwar die erforderliche Beweglichkeit, die Flüssigkeit des Geldmarktes vom Standpunkt der Ansprüche der Wirtschaft jedoch wird nach wie vor recht eng gehalten. Der Devisenwert weist eine Abnahme von 5,2 Millionen auf 98,6 Millionen Zloty auf, das Wechselwertes ist um 13,7 Millionen auf 582,5 Millionen zurückgegangen.